

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 285

Dienstag, 7. Dezember 1926

33. Jahrgang

Der Judasweg der Kommunisten

Von der Tragik zur Komik!

Dr. L. Lübeck, 7. Dezember.

Aus der Düstertiefen tiefster Tragik leuchtet immer irgendwo die komische Frage. Und stets droht die Grenze, wo das Tragische umschlägt ins Komische.

Die Kommunistische Partei hat in den letzten Wochen diese Grenze überschritten. Die Tragik ihrer Mißerfolge, ihrer Spaltung, ihres Zusammenbruchs, die nach kurzem heroischen Anlauf diese Partei der geistigen Zerrissenheit in den Abgrund stürzten, hat in der letzten Zeit Platz gemacht einer wichtigeren Komik, einer Reihe von Hanswurftliedern, einer für jeden Arbeiter schmerzlichen Scham.

Seit Wochen verliest die „Hamburger Volkszeitung“ den Lübecker Kommunisten die tägliche Epistel, daß sie zuviel mitgearbeitet hätten, daß sie zu wenig agitiert, zu wenig Anträge gestellt hätten, und daß sie vor allem der Sozialdemokratischen Partei nicht oft genug „die Maste vom Gesicht gerissen“ hätten. Selbstverständlich müsse das anders werden. Der erste Klassenkampf und der Gedanke der Weltrevolution müsse im Lübecker Rathaus wieder triumphieren.

Thälmann hat es auf dem Effi-Kongress in Moskau ausgesprochen: Es sei richtig, daß auch die Medlenburger Kommunisten zu ruhig und zu nachsichtig gewesen wären, und daß man ihnen den Vorwurf nicht ersparen könne, daß sie einer sozialdemokratisch-demokratischen Regierung zur Macht verholfen hätten. Das werde aber bestimmt anders werden. Und die Medlenburger Kommunisten seien schon entsprechend instruiert.

Es ist anders geworden! Die Medlenburger Kommunisten haben gemeinsame Sache gemacht mit den Deutschnationalen — gegen die sozialdemokratischen Minister. Medlenburg hat zurzeit eine Minderheitsregierung von Sozialdemokraten und Demokraten. Diese Regierung ist vor einigen Monaten mit Hilfe der Kommunisten gewählt worden. Sie hat ohne Kommunisten keine Mehrheit im Landtag.

Der neuen Instruktion entsprechend haben die drei Kommunisten im Medlenburger Landtag am letzten Freitag ein Mißtrauensvotum eingebracht gegen die sozialdemokratische Regierung. Mit klugem Augenwinkern stürzten sich Deutschnationale und Völkische auf die Gelegenheit, um endlich die verhasste Linksregierung zu stürzen. Kommunisten, Deutschnationale und Völkische in Einheitsfront —

Zufällig weigerten sich die drei Vertreter der Wirtschafts-

partei, an diesem Herzentanz teilzunehmen. So blieb die Regierung noch einmal vor dem Sturz bewahrt. Auf wie lange?

Nicht viel anders war es in Hessen. Auch dort eröffnete der Rechtsblock — Bauernbund und Deutschnationale — einen Angriff gegen die Regierung der Weimarer Koalition. Er führte ein Volksbegehren und schließlich einen Volksentscheid herbei. Und siehe da — wo hielten sich die Kommunisten auf? Natürlich beim Rechtsblock!

Man könnte sich lustig machen über diese allerneueste „Konsequente“ Entwicklung der „Arbeiterpartei“ K. P. D. Wenn es nicht so unendlich traurig wäre. Die einst mit so stolzen Hoffnungen aufgetretene kommunistische Partei hat in ihren traurigen Ketten nur noch eine kümmerliche Kraft: als Bundesgenosse der gefährlichsten Reaktion gegen Republik und Sozialdemokratische Partei zu kämpfen.

Selbstverständlich schämen sich die vernünftigen Führer dieses Judaswegs. Selbstverständlich rebellieren sie im Innern gegen diesen ihnen aufgezwungenen Verrat an den eignen Wählern. Aber sie wagen es nicht, dagegen aufzumachen. Da sie sonst glatt hinausfliegen. Was Brot ich eß, des Lied ich sing'. Und sie essen das Brot Moskaus alle miteinander.

Um ihre traurige Rolle etwas wenigstens zu verschleiern, geben sie dann komisch-bombastische Erklärungen ab über sozialdemokratischen Arbeiterverrat, gegen die kapitalistischen Ausbeuter, über die Ziele der kommunistischen „Massenpartei“. Und sie ernten für ihre schmerzlichen Enthüllungen gewöhnlich nur einen Erfolg: Allgemeines Gelächter! Und sehr nahe liegt die Versuchung, das Wort Riezschles über die Affen auf sie anzuwenden: ein Gelächter und eine schmerzliche Scham!

Paßt dieses harte Urteil nicht im besonderen auf die kommunistische Erklärung zur Wortführerwahl in der gestrigen Bürgerschaft? So lautete ungefähr diese Erklärung:

Die kommunistische Partei kann nur für den sozialdemokratischen Wortführer stimmen, wenn die Sozialdemokraten die kommunistischen Bedingungen annehmen. Sollten das die Sozialdemokraten nicht tun, so seien sie die schlimmsten Verräter und Feinde der Arbeiterklasse, mit denen die Kommunisten jede Gemeinschaft ablehnen müßten. Ihren Wortführer aber wähle man dann erst recht und zum Trotz!

Das Ganze nennt sich dann Konsequente Politik im Interesse der Arbeiterklasse! Ein Trauerspiel ist's und eine Possa zugleich — ein Gelächter und eine schmerzliche Scham!

Eine besonders peinliche Mischung von Judas und Quigote!

Die Volkspartei erklärt den Krieg!

Aus Genuß nach dem Bürgerblock!

Vor dem verammelten Kriegsvolk der Kreisvereins- und Ortsgruppenvorständen der Deutschen Volkspartei Ostpreußens hat der Reichstagsabgeordnete Scholz am Sonntag in Insterburg eine Ansprache gehalten, der, was den oratorischen Leistungen dieses Redners nicht allzu oft widerfährt, die größte politische Bedeutung beizumessen ist. Nach dem Bericht eines bürgerlichen Nachrichtendirektors beschäftigte sich Herr Dr. Scholz mit der innerpolitischen Lage und mit dem Problem der Regierungserweiterung. Seiner Ansicht nach kann nur eine Koalition in Betracht kommen, die eine längere Dauer verspricht, und da, wie er weiter auseinandersetzt, die innere Übereinstimmung zwischen den Deutschnationalen und den bürgerlichen Parteien der Mitte entscheidend größer ist als die der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie, ist und bleibt das Ziel der Deutschen Volkspartei der Bürgerblock. Der Stein des Anstoßes für die Große Koalition ist nach der Überzeugung des Führers der Deutschen Volkspartei die Frage der

Arbeitszeit,

„über die niemals eine Verständigung zwischen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie möglich sein wird“. Und eben so unmöglich ist, wie er versichert, eine Verständigung mit der Sozialdemokratie über die Verhältnisse der Reichswehr.

Diese Rede ist, wenn der Bericht sie richtig wiedergegeben hat — und es ist kaum ein Zweifel an der Korrektheit der Darstellung möglich — nichts anderes als eine unerhörte Provokation unserer Partei. Nicht etwa, als ob Herr Dr. Scholz nicht das Recht zu einer eigenen Meinung über die Notwendigkeit und Erproblichkeit des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie besäße. Nicht etwa, als ob wir es ihm an sich verübelten, daß er sich mehr als zu uns zu den Deutschnationalen hingezogen fühlte. Auch wenn er in Insterburg nicht das Wort ergriffen hätte, wäre uns das bekannt gewesen. Aber Herr Dr. Scholz ist der Führer

einer Partei, die der gegenwärtigen Regierungskoalition angehört, und es ist allgemein bekannt, daß diese Regierung durch den Reichskanzler mit der Sozialdemokratie gewisse Vereinbarungen getroffen hat, die kurz gesagt darauf hinauslaufen sollten, die Geschäfte in engerer Fühlungnahme mit uns und unter bewußter Ausschaltung deutschnationalen Einflusses zu führen. Wenn, während diese Vereinbarungen noch als in Geltung befindlich anzusehen sind, eine innerhalb des Regierungskonzerns so maßgebliche Persönlichkeit wie Dr. Scholz dem Bürgerblock das Wort redet, so bedeutet das den brüsten Abbruch der bestehenden Beziehungen, je mehr als das: es ist eine

offene Kriegserklärung

an die Adresse der Sozialdemokratie.

Allerdings behauptet der volksparteiliche Wortführer, daß die Verständigung eben an bestimmten Fragen, der Arbeitszeit und der, die sich auf die Reichswehr beziehen, scheiterte. Kann sein, daß er damit sachlich recht hat. Aber wie liegen die Dinge? Die der Regierung angehörenden Fraktionen haben uns zur Prüfung den die Arbeitszeit betreffenden Vorschlag überreicht, über den sie sich untereinander geeinigt haben. Wir haben ihn entgegengenommen, und die Prüfung ist im Gange. Wir haben allerdings keinen Zweifel darüber gelassen, daß der Entwurf, so wie er jetzt ist, bei uns keine Aussicht auf Annahme hat. Aber es sollte doch auf seiner Basis weiter verhandelt werden. Die Absicht ging doch dahin, über unsere Gegenanschläge zu diskutieren. Und bevor wir sie überhaupt einbringen, bevor also eine Diskussion überhaupt eröffnet ist, erklärt Herr Scholz eine Einigung für ausgeschlossen.

Und wie steht's mit der

Reichswehr?

Wir haben dem Reichskanzler, dem Außenminister und dem Wehrminister in einer vertraulichen Besprechung zunächst mündlich Kenntnis von unserem Bescheidmaterial gegeben. Die schrift-

liche Zusammenfassung dessen, was wir vortrugen, geht in diesen Tagen dem Wehrminister zu. Herr Scholz kennt dieses Material nicht, er weiß auch nicht, welche Forderungen wir im einzelnen erheben. Doch er stellt sich von vornherein schützend vor die Reichswehr und alle ihre Mißbräuche und Verschlingungen und bezeichnet eine Verständigung mit uns als unmöglich.

Herr Scholz ist, um es noch einmal zu wiederholen, kein beliebiges Mitglied der Deutschen Volkspartei. Ueber die jüngsten Reden von Kardorff und Becker (Hessen) konnte man, so bedenklich sie waren, zur Not mit der Motivierung hinweggehen, daß es sich hier um die Äußerungen von Privatmeinungen einzelner Mißvergnügter handelte. Herr Scholz aber ist der Führer der Partei. Was er ausspricht, muß als amtliche Parteimeinung gewertet werden, und deshalb haben wir selbstverständlich aus seinen Worten unsere politischen Schlussfolgerungen zu ziehen, wenn anders die Partei — was aber schließlich nicht erwartet werden kann — ihren Chef nicht vollständig und reiflos desavouieren würde.

Die Schlussfolgerungen bestehen darin, daß wir zunächst jene Vereinbarungen, von denen vorher gesprochen wurde, als nicht mehr bestehend ansehen. D. h. also, daß wir den Versuch aufgeben, uns mit dem Kabinett zu einer gemeinsamen Abwehr der Angriffe von rechts zu vereinen. Wir haben die Hände frei. Aber das bedeutet auch, daß eine Regierung, die aufsteht, wie einer der Führer der Regierungsparteien der Sozialdemokratie so offenkundig und gleichzeitig so hinterhältig den Fehdehandschuh hinwirft, nicht erwarten kann, daß die Angegriffenen ihr noch länger auch nur einen Rest von Vertrauen entgegenbringen. Wie man weiß, ist die Frage des Verhaltens der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber dem gegen Herrn Kühl eingebrachten Mißtrauensvotum noch offen. Über die Insterburger Rede des Herrn Scholz

hat das Mißtrauen gegen den Innenminister zu dem gegen das Gesamtkabinett erweitert.

Die Fraktion wird sich in den nächsten Tagen darüber schlüssig werden, in welcher Form sie ihrem Mangel an Vertrauen Ausdruck verleihen soll.

Die Genossen Hermann Müller und Freischaid haben gleich am Montag nachmittag Gelegenheit genommen, den Reichskanzler persönlich auf die Gefahren dieser Situation aufmerksam zu machen. Herr Marx und seine Kollegen, aber auch das Zentrum und die Demokraten, werden uns keinen Vorwurf machen können, wenn es noch vor Weihnachten zu einer

Regierungskrise

kommt, deren Ausgang sich nicht voraussehen läßt. Sie mögen sich bei Herrn Scholz bedanken, dem der Ruhm, die Große Koalition von 1923 erdolcht zu haben, nicht genügt, und der sich deshalb beeilt, auch diesmal den Versuch, den Deutschnationalen den Weg zum Kabinett zu sperren, zu wagen. Wenn es dem Grafen Westarp gelingt, in die Regierungselite einzudringen, so wird er dem Verräter Dank schulden, der ihm heimlich das Tor geöffnet hat. Voreerst aber mögen sich nun einmal Zentrum und Demokraten äußern.

Die Verhandlungen von Genf Ist ein Kompromiß möglich?

Paris, 7. Dezember (Radio).

Der Ton der Pariser Presse ist heute den Genfer Verhandlungen gegenüber etwas optimistischer geworden. Entgegen den Ansichten von gestern stellen die Blätter fest, daß die Möglichkeit eines Affordes durch die persönlichen Besprechungen der Staatsmänner zutage getreten sei, was die Bilanz des gestrigen „Diplomatentages“ wäre, schreibt der Quotidien. Angesichts der Tatsache, fährt das Blatt fort, daß die Alliierten ihrerseits nicht verkennen könnten, daß das Untersuchungsrecht (Ausführungsrecht) des Völkerbundes als Ersatz der Militärkontrolle gewisser Einschränkungen und Abänderungen bedürfe, läge ein Afford bereits im Bereich der Möglichkeit. Der Petit Parisien weiß noch zu diesem „Afford“ zu melden, daß, was die Frage der Abberufung der Kontrollkommission anbelangt, diese wahrscheinlich auf folgender Basis vor sich gehen wird: Es wird das Datum für die Abberufung der Kontrollkommission festgesetzt werden, aber die Abberufung selbst wird erst stattfinden, wenn die militärischen Sachverständigen und in Spezialfällen das interalliierte Militärkomitee in Versailles sich über die Zerstörung der um Königsberg und andere Festungen vorgenommenen neuen Verteidigungsanlagen als befriedigt erklären und die Botschafterkonferenz diese Erfüllung der alliierten Forderungen in allen Punkten feststellt haben wird.

Dieses Kompromiß liege in der Luft, schreibt Bertinaz. Es sei die logische Folge von Locarno und Thoiry, ohne die Abberufung des interalliierten Militärkomitees und die Aufgabe von Koblenz und Mainz sei eben eine deutsch-französische Annäherung nicht möglich. Gegen dieses Kompromiß gäbe es, schreibt Bertinaz, einen einzigen aber „furchtbaren“ Einwand: Er ratifiziert nämlich das vollständige Desinteressement Frankreichs in den Angelegenheiten Osteuropas und die Geschichte habe gezeigt, daß, sobald Frankreich dies in der Vergangenheit getan hat, sich sofort der „Schatten der Ereignisse“ gezeigt hat, nämlich die Teilung Polens, Königgrätz usw. In kürzester Frist sei Frankreich jedesmal furchtbar dafür gestraft worden.

Die Militärkonvention mit Moskau

Neue Enthüllungen

London, 6. Dezbr. (Sig. Draht.)

Unter dem Titel „Berliner militärische Transaktionen“ und mit dem Untertitel „Das Reichswehrministerium als Komplize“ legt der „Manchester Guardian“ seine „von einem Korrespondenten“ stammenden Enthüllungen fort:

„Die im „Manchester Guardian“ vom Freitag gemachten Mitteilungen werden in Berlin offiziell dementiert, das Dementi ist jedoch so formuliert, daß es eine kategorische Verneinung vermeidet. Ich bin nunmehr in der Lage, den Ausführungen, die sich auf die Vereinbarungen zwischen dem deutschen Reichswehrministerium, den Junkers-Werken und der russischen Regierung hinsichtlich der Errichtung einer Kriegsindustrie in Rußland bezogen, weitere Einzelheiten hinzuzufügen. Die Tatsachen sind kurz folgende:

Das deutsche Reichswehrministerium trat im Sommer 1921 an die Junkers-Werke heran und lud sie zu einer Zusammenarbeit bei gewissen Plänen ein. Sie (die Junkers-Werke) wurden dahin unterrichtet, daß die deutsche Regierung diese Pläne mit großen Geschäften jühe und daß führende deutsche Militärs bereits Sachleute nach Rußland geschickt hätten. Die Pläne gingen dahin, eine

Kriegsindustrie für deutsche Zwecke auf russischem Boden

ins Leben zu rufen, wobei die finanziellen Lasten von den Deutschen getragen werden sollten. Die Aufgabe der Junkers-Werke sollte die Erzeugung von Luftfahrzeugen sein, von denen einige von den Russen übernommen werden sollten, die größere Anzahl jedoch Deutschland zur Verfügung stehen sollte. Die Junkers-Werke zögerten, aber das deutsche Reichswehrministerium drängte sie diesen Auftrag als patriotische Pflicht anzunehmen. Die Angelegenheit ist politischer und militärischer Natur. Das war der Grundpunkt des Ministeriums, und das Ministerium erklärte sich bereit, das geschäftliche Risiko und eventuelle Verluste aus eigenen finanziellen Mitteln zu decken. Nur unter ständiger Druck wiederholter Versicherungen von Seiten des Reichswehrministeriums, diese Garantie zu übernehmen, stimmten die Junkers-Werke, wenn auch mit größtem Mißbehagen, schließlich zu.

Im Dezember 1921 besuchte eine aus vier Personen bestehende Delegation, zwei Vertreter von Junkers und zwei Vertreter des Reichswehrministeriums Moskau, um der russischen Regierung einen Vertragsentwurf zu unterbreiten. Das Kapital, welches das deutsche Reichswehrministerium der Firma zur Verfügung zu stellen sich erboten hatte, betrug

21 Millionen Goldmark.

Das Ministerium bestand auf absoluter Vertraulichkeit. Die vier Delegierten reisten unter angenommenen Namen mit falschen Ausweispapieren. Die Russen zeigten große Bereitwilligkeit, zu einem Abkommen zu kommen, da zu jenem Zeitpunkt die Stimmung zwischen Rußland und Polen gespannt war. Bei den Verhandlungen kam es als in der Verhandlung wurde das deutsche Reichswehrministerium aus Gründen der Vertraulichkeit nur als „S. G.“ bezeichnet, zwei Buchstaben, die „Sondergruppe“ bedeuten sollten. Deswegen der Standort der Junkers-Werke, wurde Leipzig, Jägerstraße wurden „Halle“ genannt. Die Geschichte der Verhandlungen ist lang und verwickelt. Für die Schwierigkeiten waren teilweise die Russen verantwortlich, die nichts glauben wollten und stets unmittelbar positive Ergebnisse wünschten; ein Teil der Schwierigkeiten war auf die geschäftliche Unfähigkeit des deutschen Reichswehrministeriums zurückzuführen. (Die Verhandlungen lagen weitgehend in den Händen von Reichswehroffizieren.) Teilweise waren die Schwierigkeiten auf die wachsenden Zweifel zurückzuführen, welche die Junkers-Werke darüber empfanden, ob das Ministerium tatsächlich das behauptete Kapital besäße. Die Stellung der Junkers-Werke wurde immer peinlicher und peinlicher. Die Firma wurde ernstlich beunruhigt, als sie erfuhr, daß das deutsche Reichswehrministerium ähnliche Abmachungen mit anderen deutschen Rüstungsfirmen zum Zwecke der Erzeugung von Rüstungsmaterial in Rußland getroffen hatte. Tatsächlich zeigte sich, daß zwischen dem Reichswehrministerium und der russischen Regierung

eine Militärkonvention existiert hat.

Einige der Schwierigkeiten wurde das Abkommen im Februar 1922 ratifiziert. Nach diesem Abkommen hatten die Junkers-Werke zunächst in Moskau die Erzeugung von 100 Flugzeugen durchzuführen. Beträge alle Ausgaben für die Errichtung des Unternehmens, die Verendung und Beschaffung der Sachleute und auch für die Versorgung mit Material und für die Konstruktion der Flugzeuge wurde von der Junkers getragen. Nach dem Kontraktionsprogramm sollte eine jährliche Erzeugung von 300 Flugzeugen schließlich erreicht werden, von denen die Mehrheit Deutschland zur Verfügung stehen sollte.

Die Junkers-Werke stellten das ganze Abkommen für durch und durch ungenügend. Über das Reichswehrministerium wies immer und immer wieder auf die militärischen und politischen Notwendigkeiten hin. Die Junkers-Werke hätten überdies schwer unter der Notwendigkeit, sich zu einem Zeitpunkt auf den San

Kampfflugzeuge

ktionen zu müssen, wo sie eine Ausdehnung des zivilen Flugzeugbaues wahrnahmen und große Geschäfte nicht nur in Deutschland, sondern auch in Amerika erwarten konnten. Im Herbst 1922 besuchte die Firma in deutscher Sprache, weil sie eine vorübergehende Information schließlich erhielt, daß das Reichswehrministerium 100 Kampfflugzeuge in Holland bestellt habe. Im selben Jahre behauptete das Ministerium, 10 Millionen Goldmark für ihre verbleibenden „politischen und militärischen Unternehmungen“ zur Verfügung zu haben.

Am 5. Mai 1924 wurde ein neues Abkommen zwischen dem deutschen Reichswehrministerium, den Junkers-Werken und der russischen Regierung unterzeichnet. Die Produktion von Flugzeugen durch die Junkers-Werke wurde fortgesetzt, jedoch waren die Verhältnisse vom geschäftlichen Gesichtspunkt aus gesehen zum Nachteil der Junkers ungenügend. Die Firma hatte vom Ministerium eine Million Mark erhalten. Sie erhielt unter dem neuen Abkommen weitere drei Millionen. Es wurde darauf gedrungen, weitere 12 Millionen mittels einer Anleihe herbeizubringen. Im Laufe der Jahre 1924/25 gewährte das Reichswehrministerium der Firma unerschöpflich Kredite. Über im Sommer 1924 kam die Firma an der Überzeugung, daß die ganze Unternehmung für sie nichts anderes als Verlust bedeute, und sie beschloß, das Ganze zu liquidieren, wobei sie ihre Schadenersatzansprüche anmeldete und auch die Reklamationsverfahren einer Schlichtungsbehörde zu unterbreiten. General von Seeckt, der Chef der Heeresleitung, unterzeichnete am 28. November 1924 eine Zustimmung zu einer solchen Schlichtungsbehörde unter Hinweis auf militärische und politische Sensationen. Die Schlichtungs-Verhandlungen der Junkers-Werke waren also schließlich gescheitert, da der General in einem früheren Brief der Firma das Recht auf Schadenersatz bestritten hatte. Die Firma war also außerstande, mittels eines regelrechten Gerichtsverfahrens zu ihrem Recht zu kommen, denn sie wäre in diesem Falle belangt worden, einen Schritt zu unternehmen, der zur Aufklärung der Staatsgeheimnisse hätte führen müssen. Das deutsche Reichswehrministerium gewährte keinerlei Hilfe, das Personal in Rußland wurde vertrieben. Der Schadensersatz für Junkers war nicht nur finanziell Null. Die Aktien, die von den Junkers-Werken mit Gewinn hatten erlangt werden konnten,

waren von anderen Unternehmungen erobert worden, da die Konstruktion von Flugzeugen für zivile Zwecke vernachlässigt worden war. Tatsächlich war es diese russische Unternehmung, die den

Ruin der Junkers-Werke

herbeiführte, der seinerzeit so unbegreiflich erscheinen mußte. Die Russen haben wenigstens eine Fabrik und Maschinen bekommen, des weiteren hatten sie Fachleute und überdies eine Anzahl von Flugzeugen, die noch dazu beinahe umsonst. Das deutsche Reichswehrministerium schied in geschäftlicher Hinsicht ebenso unwillig gewesen zu sein als in politischer. Der größte Teil der Verantwortung für das, was in der Vergangenheit geschehen war, wurde General von Seeckt aufgeladen. Die größere Verantwortlichkeit liegt jedenfalls beim Reichswehrministerium.

Die übrigen Unternehmen, die von Seiten des Reichswehrministeriums eingeleitet wurden, sind vermutlich in einem ähnlichen liquiden Zustand. Die Richtung, die die deutsche Außenpolitik gegenwärtig eingeschlagen hat, ist für solche Unternehmungen höchst ungünstig. Es scheint unwahrscheinlich, daß die deutsche Regierung als Ganzes den wirklichen Charakter dieser Vorgänge begriff. Ebenso wie die am Donnerstag veröffentlichten Enthüllungen können sie nur dazu dienen, Mißtrauen und Unannehmlichkeiten zu bereiten. Es wird nunmehr für die deutsche Regierung leicht sein, die alte heimliche unverantwortliche Tätigkeit ihres eigenen Reichswehrministeriums ein für allemal zu unterdrücken.“

100 Mark Geldstrafe

Wegen Beleidigung des Herrn Ordnungschefs

5. PK. 89/25.

Urteil.

In der Privatklage

des Kontre-Admirals a. D. Titus Türk in Lübeck, vertreten durch die Rechtsanwältin Dr. Wittern, Schorer, Dr. Mund in Lübeck,

Privatklägers,

gegen

den Schriftleiter Dr. Fritz Solmig in Lübeck, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Haun in Lübeck, Angeklagten,

wegen Beleidigung.

hat das Amtsgericht der freien und Hansestadt Lübeck, Abt. 5, in der Sitzung vom 6. November 1926, an welcher teilgenommen haben:

1. Hilfsrichter Dr. Ballauf als Vorsitzender,
2. Gerichtsfretär Paetow als Gerichtsschreiber,

für Recht erkannt:

I. Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung, strafbar nach § 185 Str. G. B. und § 20 R. P. G. zu einer Geldstrafe von 100 RM. verurteilt und hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Für den Fall der Uneinbringbarkeit der ausgedrückten Geldstrafe tritt für je 25 RM. 1 Tag Haft.

II. Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekannt zu machen. Die Bekanntmachung hat binnen einer Frist von vier Wochen von der Rechtskraft des Urteils an durch einmaliges Einreichen des Urteilsentwurfs in einer Nummer des „Lübecker Volksboten“ und des „Lübecker Generalanzeigers“, und zwar im Lübecker Volksboten in der Form des § 200 Abs. 2 St. G. B., im Lübecker Generalanzeiger in der für amtliche Einrückungen üblichen Form zu erfolgen.

gez. Dr. Ballauf. gez. Paetow.

In einem latrischen Artikel mit der Überschrift „Deutschnationales Kuffrot“ im „Lübecker Volksboten“ vom 9. März dieses Jahres hatten wir uns mit einigen Mitarbeitern der „Lübecker Anzeigen“ befaßt. Darunter war auch der Admiral a. D. Titus Türk, hauptamtlich Pensionär der deutschen Republik, im Nebenamt aber bei der Flenderwerft angestellt.

Gewiß haben wir den braven Türk damals etwas despektierlich behandelt. Mit Rücksicht auf seine leicht komische Beleidigung bei Flender nannten wir ihn, im Zusammenhang allerdings, „Feuerwehnhauptmann“ und „Nachtmächtermajor“. Diese an sich doch sicher sehr ehrenwerten Titel legte der stolze Herr Admiral als Beleidigungen auf.

Die unsinnige Kriegsschuldpropaganda

Sie bewirkt das Gegenteil

London, 1. Dezbr. (Sig. Bericht.)

Die zahlreichen sich mit der Kriegsschuldpropaganda in Deutschland befaßenden Organisationen im Auslande haben bisher nur die entgegengesetzte Wirkung ihrer Ziele erreicht. Das geht n. a. auch aus der folgenden Rekrutierung hervor, welche die „Times“ ihrer Analyse der „Britischen Dokumente zum Kriegsausbruch“ folgen läßt:

Wir erhalten häufig aus dem Kreise unserer Leser Mitteilungen des Inhaltes, daß es sich gewisse deutsche Organisationen zur Gewohnheit gemacht haben, an private Interessenten in England Propaganda-Kampfbücher und Flugblätter zu senden, die beweisen sollen, daß Deutschland am Kriege völlig unschuldig ist.

Die Sprache vieler dieser Publikationen ist bitter und heftig, und ihr offenbender Zweck ist die Bürde der Kriegsschuld von Deutschland auf andere Länder abzumwälzen. Ein bündel Flugblätter, welche die Rechte des Kaiserreichs in Somburg verurteilt, enthält einen „Britischen Appell an das Weltgewissen“, der im vergangenen Jahre erlassen ist und die Unterzeichnung von prominenten Engländern wie die Bischöfe von Manchester und Birmingham, Professor Gilbert Murray, Professor A. F. Hallard, Bernhard Shaw und H. G. Wells trägt, sowie Illustrationen mit dem Titel „Wie Frankreich die Kriegsschuld erlangt“, „Die Verhängung des Todschweigers“, „Die Verhängung von Verfall“, und „Amerikanische Jeunisse gegen die alte Rüge“. (Die Titel wurden aus dem englischen zurückübersetzt, mögen also in den Prospekturen dem Wortlaut, wenn auch nicht dem Sinne nach anders lauten.)

Die Zeichnungen, die wir erhalten haben, zeigen, daß die Empfänger dieser Flugblätter besagten Einspruch erheben, daß ihnen derartige Literatur angedrängt wird, daß sie über die Demoralisierung ihrer Väter durch eine ausländische Organisation erzürnt sind und eine berechtigte Einwirkung in ihr Privatleben suchen. Die Verbreitung solcher Flugblätter hilft nichts dazu, den alten Willen anzupöbeln; sie erzielt eher die entgegengesetzte Wirkung, da sie viele Engländer auf prinzipielle

Berlin, 6. Dezember.

Die Veröffentlichungen des „Manchester Guardian“ haben in der Berliner Presse bei allen Regierungsstellen große Aufregung hervorgerufen. Die Aufregung ist am stärksten bei den deutschnationalen und nationalistischen Kreisen, die das Treiben jener Unverantwortlichen bedauern, die auf eine militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Sowjetrußland hingearbeitet haben, sowie bei den Kommunisten.

Bei den Deutschnationalen hat es der „Lokalanzeiger“ noch am Montag morgen für nötig gehalten, über die ganze Angelegenheit mit vorichtig abgewogenen Bemerkungen hinwegzuleiten, ohne die tatsächlichen Angaben des „Manchester Guardian“ zu bestreiten. Dagegen hat die deutschnationale Presse am Montagabend über diese Veröffentlichungen einen Tobsuchtsanfall erlitten. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von schürmischem Landesserrat, von einem Dubenstück — in den Tonarten, die man bei ihr gewohnt ist. Darüber hinaus bestreitet sie, daß die Enthüllungen des „Manchester Guardian“ zutreffend seien.

Ebenso leugnen die Kommunisten von vornherein alles ab. Der Kommunist Pöck hat am Sonntag auf dem Kongreß der Werktätigen erklärt, es handle sich um eine antibolschewistische Lüge, die die Sowjetboltschaft in Berlin habe diese Veröffentlichungen energisch dementiert. In dasselbe Horn kößt die „Kote Fahne“. Es war zu erwarten, daß die kommunistische Partei über die Enthüllung der kläglichsten Rolle, die sie als Agentin der russischen Außenpolitik in Deutschland spielt und die sie an die Seite der Gegenrevolution geführt hat, laut aufschreien würde. Lügen haben indessen kurze Beine, und die Sowjetboltschaft in Berlin hat sich bisher gehütet, der Deffentlichkeit ein amtliches Dementi zu übergeben.

Mit der Begründung, daß er weder das eine noch das andere sei — — seine richtige Stellung nebst Titulatur sei „Ordnungschef der Flenderwerft“.

Das Gericht schloß sich dem Admirals-Cherzgriff an und verhängte 100 RM. Geldstrafe. — — Uns aber bleibt nur ein Trost, Wir wissen jetzt endgültig, daß die Flenderwerft einen „Ordnungschef“ hat. Und wir werden wohl nicht zehgehen in der Annahme, daß die ungeheure Ordnung und die damit verbundene geschäftliche Blüte dieser Werft zum erheblichsten Teil auf das Konto dieses hochvornehmen Herrn Ordnungschefs zu setzen ist.



Der Herr Ordnungschef!

Art und Weise an Dinge erinnert, an die sie im Laufe der Jahre mit weniger Bitterkeit zu denken begonnen hatten.“

Jeder anzuzeigene Beobachter in England wird die Feststellung der „Times“ bestätigen und feststellen müssen, daß diese wohlgemeinten Taktlosigkeit, deren sich im Laufe der Jahre auch verschiedene deutsche Handelskammern schuldig gemacht haben, eine völlige Verkennung der Psychologie des Auslandes darstellen.

Eine Rede Tschischerins

Von Berliner Journalisten

Berlin, 7. Dezember (Radio)

Der russische Volkskommisjär Tschischerin hielt am Montag nachmittag ähnlich wie im Oktober 1925 während seines Aufenthaltes in Berlin vor bürgerlichen und kommunistischen Pressevertretern einen außenpolitischen Propagandavortrag für Sowjet-Rußland. Die Vertreter der sozialistischen Presse wurden natürlich auch zu dieser Veranstaltung wie zu allen anderen Unternehmungen der Sowjet-Botschaft in Berlin nicht eingeladen. Tschischerin benutzte insbesondere die Gelegenheit zu einer ausgesprochenen anti-englischen Rede. Er beschuldigte vor allem die englische Regierung einer systematischen Einreihungspolitik Sowjet-Rußland gegenüber und erklärte, daß der Abschluß von Faktverträgen mit den einzelnen baltischen Ländern als Abwehr von russischer Seite zu betrachten sei. Es folgte dann eine Polemik gegen den Völkerverbund. Die Idee, daß Rußland sich auch einmal in die „Halle“ des Völkerverbundes locken lassen könnte, wies Tschischerin natürlich mit einem „homerischen Lachen“ als eine „Verbrechung der Wahrheit“ zurück. Im übrigen rühnte Tschischerin die Festigung der guten Beziehungen Rußlands zu Deutschland, Frankreich und selbstverständlich auch Italien, wo die Kommunisten maßenhaft erschlagen und eingekerkert werden. Ueber das politische Interessante und im Vordergrund stehende Thema der russischen Granatlieferung an die deutsche Reichswehr schwieg sich Tschischerin völlig aus. Er mußte von angeblichen Waffenlieferungen nichts. Es ist immerhin bemerkenswert, daß von russischer Seite bis jetzt ein offizielles Dementi der Angabe des Manchester-Guardian nicht erfolgt ist. Der russische Außenminister Tschischerin wurde am Montag von Reichskanzler Dr. Marx empfangen.

Börse und Geldmarkt

Ende der Spekulationsfinanzierung?

Wider alles Erwarten herrschten in der verflochtenen Woche auf dem Wertpapiermarkt (Effektenmarkt) starke Besserungen der Aktienkurse vor. Bekannte Papiere, die durch den Kursrückgang (Bauffe) besonders gedrückt waren, haben sich in wenigen Tagen sehr kräftig erholt. Das Kursbild hat sich also stark verschoben, dagegen hat sich die allgemeine Marktlage aber nicht verändert.

Die Kursbewegung kann vor allen Dingen nicht dahin ausgelegt werden, als sei die bessere Widerstandsfähigkeit des Marktes durch das Aufhören der Verflechtungen, das Abstoppen der Bauffebewegung, nimmere erwiesen. Eher wird man bei eingehender Beobachtung des Marktwertverkehrs die Ueberzeugung gewinnen, daß die Besserung der Kurse (Bauffe) nicht durch neue verstärkte Kaufkraft und weiteren Zutritt freier Kapitalien zum Effektenmarkt hervorgerufen wurde. Auch heute noch hält sich das breite Publikum, eingeschüchtert durch die jüngsten Vorgänge, völlig zurück, während die berufsmäßige Spekulation (Spieler) soweit sie a la hausse, also auf das Steigen der Aktienkurse eingestuft ist, gleichfalls die Zeit noch nicht für gekommen hält, um sich in neuem Wertem Maße von neuem zu engagieren, festzuliegen. Der Geschäftsverkehr bleibt somit nach wie vor sehr still.

Die Gründe, die zu dem unvermittelten Umschwung der Kursbewegung (Tendenzumkehrung) geführt haben liegen somit auf anderen Gebieten. Man weiß, daß die Bauffespekulation die Spieler, die sich auf ein Sinken der Aktienkurse einstellten, die Zeit der Unsicherheit an der Börse benutzt hat, um erhebliche Deckungskäufe vorzunehmen. Sie haben Papiere verkauft, ohne sie zu besitzen. Es bestanden also sogenannte Deckungskaufe, bereits gefällte Verkäufe durch Spieler, die die verkauften Papiere noch nicht besitzen. So war die Lage, als vor wenigen Tagen die günstigen Nachrichten über die Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums aus Amerika eintrafen. Wenn auch gerade diese Freigabeangelegenheit von der Börse in langen Monaten reichlich in mehrfachen Kurssteigerungen zum Ausdruck gebracht worden (eskomptiert) war, so bewirkten sie doch einen Rückgang der Kontokorrente, d. h. der Bauffepartei, die in der Erwartung eines Stimmungsumschwunges zu überflüssigen Deckungskaufen überging. Diese wirkten sich insbesondere deswegen stark kurssteigernd aus, weil der unvermittelt hervortretenden Nachfrage kein entsprechendes Angebot gegenüberstand. Das Publikum ist auf Kredit reichlich eingebettet und hat vermittels sogar noch beträchtliche Bestände, die zu höheren Kursen hereingenommen worden sind. Trotzdem zeigt es keine bemerkenswerte Neigung, zu den gegenwärtigen Kursen seinen Besitz abzugeben. Nachdem die Deckungen erledigt waren, war deshalb auch das Tempo der weiteren Aufwärtsbewegung nur noch sehr langsam und das Geschäft nur schleppend. Die Grundstimmung ist als lustlos zu bezeichnen.

Nach alledem erscheint es verfrüht, aus der vorübergehenden Kurssteigerung, die bei einer ausgedehnten Bauffespekulation immer wieder in die Erscheinung treten muß, auf eine innere Erstarbung des Effektenmarktes schließen zu wollen. Die Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen, sind nach wie vor die gleichen geblieben. Der ungehindert fließende offene Geldmarkt kann keinen Ersatz für solches Kapital bieten, das aus der Sparkraft der breitesten Bevölkerungsschichten heraus entsteht. Obgleich die Geldflüssigkeit seit Monaten angehalten hat, sind doch die Untertätigkeiten, die sich aus einer Finanzierung der Börse durch kurzfristig verfügbare Mittel ergeben müssen, zeitweise und zwar regelmäßig zum Monatschluß (Ultimo) immer wieder aufgetreten. Sie machen sich im Hinblick auf den bevorstehenden Jahresultimo (Jahresende) stärker bemerkbar als bisher und geben der Spekulation das Zeichen dafür, daß die Zeit vorbei ist, in der das flüssige Kapital ihr sonstigen ausschließlich zur Verfügung stand. Die Reichsbank will sich, wie aus den Darlegungen ihres Präsidenten vor dem Enqueteausschuß hervorgeht, jetzt auch nicht mehr der Pflicht entziehen, die beschlagnahmten Gelder mehr als bisher der produktiven Wirtschaft zuzuführen. Die angelegentlichsten Maßnahmen der Golddiskontbank (Ausgabe von Solawechseln) verfolgen den Zweck, diese Gelder zur Verwendung stärker heranzuziehen und werden, wenn die Pläne der Notenbank geignet sind, dem Börsengeschäft die bisherigen Mittel zum großen Teile entziehen. Die Börse selbst hat sich darauf bereits stark eingestellt und disponiert infolgedessen nur ganz kurzfristig. Das Publikum dagegen überzieht offensichtlich die Gefahren, die in einer merklichen und dauerhaften Verknappung des Geldmarktes liegen. An Warnungen hat es nicht gefehlt, lobad die Verluste, die aus der übertriebenen Spekulation erwachsen, den privaten Spielern selbst zur Last fallen.

Die Entwicklung am offenen Geldmarkt, die oben schon angedeutet wurde, hat zum Ultimo November zu einer scharfen

Steigerung der Leihsätze für kurzfristiges Geld geführt. Tagesgeld war auf der einen Seite bei weitem nicht mehr so reichlich angeboten wie bisher, während auf der anderen Seite beträchtliche Nachfrage bestand. Die Verteuerung des Geldes war daher bedeutend stärker als in den vorhergehenden Monaten. Die Sätze, zu denen Tagesgelder gehandelt wurde, bewegten sich bis zu 8 Prozent heran. Auch Geld über Ultimo wurde nur sehr wenig angeboten, jedoch die Befriedigung der Nachfrage teilweise auf Schwierigkeiten stieß.

Bemerkenswert und für die anomalen Verhältnisse des Privatdiskontmarktes (des Marktes für bankgeschäftliche Wechsel erhaltlicher Firmen) hezeichnend war die Tatsache, daß das Angebot an Wechseln (Bankakzepten) nur unwesentlich größer war als während des Monats November. Dadurch wurde verhindert, daß der Privatdiskontsatz diesmal wieder in der bekannten willkürlichen Art heraufgesetzt wurde wie wir wiederholt zu bemängeln Anlaß hatten. Wenn früher der Privatdiskontsatz um die Monatswende fast regelmäßig wesentlich erhöht wurde, ohne daß die Marktlage dazu Veranlassung gab so hat man in den maßgebenden Kreisen jetzt doch Abstand davon genommen, weil die Frage einer weiteren Senkung des Reichsbankfußes stärker in den Mittelpunkt der Erörterungen gerückt ist. Dabei liegt die Vermutung nahe, daß die Reichsbank ihren Einfluß in dieser Richtung geltend gemacht hat. Die gegenwärtige Geldmarktlage läßt eine Senkung des Reichsbankfußes zweifellos zu. Die Zurückhaltung der Privatbanken dürfte als Zeichen dafür gelten, daß mit weiterer Senkung des Privatdiskonts sowie des Reichsbankfußes in Kürze gerechnet werden kann.

Fortbildung der jugendlichen Gewerbslosen

Ein neuer Erlass des Reichsarbeitsministers

Von allen Maßnahmen für die erwerbslosen Jugendlichen haben sich, wie die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, diejenigen am besten bewährt, die entweder in einer direkten Arbeitsvermittlung oder in Arbeitsbildung bestanden. Da der größte Teil der erwerbslosen Jugendlichen nicht unterstützungsberechtigt

Külz und die Verfassung



„Was will man denn? Sieht man nicht? Die lieben Tiere setzen sich doch nur für den Autoritätsbegriff ein!“

ist, konnten die Gemeinden aus finanziellen Gründen bisher nur in ungenügendem Maße solche Veranstaltungen treffen; denn nur für Unterstützungsempfänger wurden aus der Erwerbslosenfürsorge Zuschüsse zu den Kosten gezahlt. In Preußen hatten die Gemeinden 50 Prozent dieser Kosten selbst aufzubringen, während andere Länder für einen Teil solcher Veranstaltungen mehr als 50 Prozent Zuschüsse leisteten.

Durch einen besonderen Erlass hat jetzt der Reichsarbeitsminister zu diesen Dingen Stellung genommen. Nach vorhergehender Verständigung mit den Ländern und Wehrmachtsbehörden mit den wirtschaftlichen Organisationen wird jetzt mitgeteilt, daß in Zukunft auch für Maßregeln zugunsten der nichtunterstützungsberechtigten Jugendlichen, also besonders der unter 16 Jahre alten, Zuschüsse aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gegeben werden können. Weiter soll auch in Preußen der Zuschuß für Sach- und Werkstoffe mehr als 50 Prozent betragen können. Der Arbeitsminister betont, daß es sich als zweckmäßig erwiesen habe, solche Maßnahmen in wirtschaftlicher Art für Jugendliche bei der öffentlichen Arbeitsnachweiser zusammenzufassen. Bisher haben die kommunalen Jugendämter sich bekanntlich auf diesem Gebiete nicht betätigt. Es sollen Unterausschüsse aus den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsnachweise gewählt werden, die sich sachverständige Berater aus den interessierten freien Organisationen usw. heranziehen können; mit Jugendamt, Wehrmacht usw. soll enge Fühlung gehalten werden.

Der Erlass des Arbeitsministers kommt reichlich spät und läßt wünschenswerte Richtlinien für die Ausgestaltung der Fortbildungsmassnahmen vermissen. Andererseits besteht aber so die Möglichkeit für die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsnachweise, ungehemmt die ihnen notwendig erscheinenden Schritte zu unternehmen. Die Arbeitnehmer-Vertreter müssen hierbei die Initiative ergreifen.

In einigen Fällen sollen die erwerbslosen Jugendlichen sich den für sie geschaffenen beruflichen Fortbildungseinrichtungen anreihen gegenübergestellt haben. Dessenungeachtet wird eine detarierte Haltung wohl nur in kommunalen Veranstaltungen. Dort hat man allerdings die Berufsschulen ganz allgemein als „eine Vorstufe zur Arbeitsdienstpflicht, an denen die jugendlichen Erwerbslosen zu Streifbüchern erzogen werden sollen“ bezeichnet. Diese, als solche bezeichnete, Ausbildung verdient ganz, daß es sich hierbei um eine kleine Annäherung von Staat und Gesellschaft an die alte sozialistische Forderung des Arbeitsunterrichts handelt und daß u. E. die Berufsausbildung Aufgabe der Allgemeinheit sein soll. Jetzt werden nun die Gemeinden gezwungen, sich Schulverhältnisse einzurichten und den Arbeitsunterricht für die erwerbslosen Schulkinder zu organisieren, also einen Schritt zu tun, der für die aus verschiedenen, nicht zuletzt arbeitsmarktpolitischen Gründen notwendige Verlängerung der allgemeinen Schulpflicht Voraussetzung ist. Diesen Schritt zu erleichtern, sollten sich alle Gewerkschafter und Sozialisten angelegen sein lassen und deshalb auch auf die beteiligten Jugendlichen in diesem Sinne einwirken.

Löbe antwortet Gesler

Der Reichstagspräsident Genosse Löbe hat am Sonnabend auf den an ihn gerichteten Brief des Reichswehrministers eine Antwort erteilt. Löbe weist an einem einwandfreien Beispiel nach, daß dem Reichswehrminister hinsichtlich der Heeresumstellung von untergeordneten Behörden falsche Angaben gemacht worden sind und die Behauptung von der Erzählung völlig rechtsorientierter Werbebureau mit seinem Schreiben keineswegs aus der Welt geschafft werden kann. Aber der Brief beweist noch mehr! Er spricht für den Geist in der Reichswehr überhaupt und zeigt, daß wir zwar einen Reichswehrminister haben, aber untergeordnete Instanzen nicht nur tun und lassen, was sie wollen, sondern auch falsche Angaben machen, wenn es ihnen gefällt oder angebracht erscheint. Das ist ein Zustand, der nicht erst seit gestern, sondern schon jahrelang besteht und der dazu geführt hat, daß der Reichswehrminister mit seinen Meinungen über die Zustände in der Reichswehr in der Öffentlichkeit keinen Glauben mehr findet. Auf der einen Seite fehlt ihm also das zu seiner Amtsführung erforderliche Vertrauen, auf der anderen die notwendige Autorität in der Wehrmacht. Ein solcher Zustand ist u. E. unmöglich und es liegt mir im Interesse des Landes, ihn sobald als möglich zu beheben.

Der Reichswehrminister plant in nächster Zeit eine Reihe von Veränderungen an wichtigen Stellen der Reichswehr. Es verlautet, daß u. a. ein Wechsel auf dem Posten des Reichswehrgruppenkommandos I Berlin, der jetzt General von Lohberg innehat, in Aussicht genommen ist. Diesem Gruppenkommando untersteht die Reichswehr in Nord- und Ostdeutschland.

Das Spiel mit der Puppe

Roman von Max Barthel

Verlag Hergel'sche Gutenberg, Berlin SW 61

33. Fortsetzung:

Thomas sah das strahlende, mafellose Bild seiner frühen Sehnsucht zusammenbrechen. In diesem Sturz wurde auch das Herz begraben.

„Ja?“ sagte Thomas, „ach ich bin der Erzürter, du wirst mich nicht kennen. Ich komme von Neapel und habe in Genua den König sterben sehen.“

Schreifogel wurde noch müder und zerfallener. Er versuchte die schwingende Handbewegung über die Stirn, doch die Hand fiel kraftlos herab. Nach bedrückendem Schweigen erwiderte er endlich: „So, so, der Heiland ist tot“ und senkte die Hände. Dann rief er sich auf und ging. Thomas stützte ihn und dachte dabei an die Nacht im geneuesischen Hafen, als er den Heiland stützte. So schritten sie den Felsenweg zum Kloster hinauf. Als sie im Kloster ankamen, sagte Schreifogel:

„Woh nur allein weiter. Ich kenne die Mönche aus, ich bin zum zwölften Male hier. Vielleicht kann ich doch noch irgendwo unterrichten. Ich will nicht mehr.“

Schreifogel wurde von dem Wörtchen wie ein alter Bekannter begrüßt. Er sprach lange mit dem Mönch und dann mit dem Vorsteher des Klosters.

Thomas sah an der weißgebedeten Tafel und ließ sich von den Mönchen würdevoll bedienen, schlürfte die wundervolle Suppe, schmeckte in zartem Braten und in Weintrauben und Orangen, sah, schon ziemlich satt, wundervolle Pasteten, trank den Wein und nahm von dem duftenden Brot mit auf die Reise. Er war an diesem Tage der einzige Gast. Schreifogel war nicht an den Tisch gekommen.

Thomas hatte tierisch gegessen und getrunken. Als er in den kühlen Hof trat, tranken vom Wein, tranken vom Waschl, sah er einen alten Mann in gelber Schürze, den Rechen geschultert, nach dem Garten humpeln. Der Mann war Schreifogel. Er war wirklich bei den Mönchen untergetrocknet und bürste dem Gärtner helfen. Thomas erkannte ihn nicht. Er ging, halb taumelnd, durch das Kloster und lag dann stundenlang in der Sonne und schlief seinen Rausch aus.

Erst am Abend wachte er auf, ganz kühl und klar und nüchtern. Er entsann sich Schreifogels und seiner Selbstzufriedenheit nach Ruhe und Arbeit im Kloster und wurde schweremütig. Bald aber schüttelte er die Schwermut ab und schritt den Felsenweg hinunter in die Stadt. Er war nicht müde und hatte keine Sehnsucht nach Schlaf. Er wanderte durch die Stadt nach der Land-

straße und suchte und fand die Straße nach Rom und marschierte und marschierte.

Die Richter der kleinen Städte, das Gebell der Wächterhunde, das Donnern der fernen Eisenbahn, das große Säusen der Winde waren seine Begleiter. Die Sterne des Himmels leuchteten auf seinem Weg. Thomas entliem sich einer Verszeile: „Wir wollen nach vorwärts dankbar sein“ und wiederholte im Rhythmus der nächsten Reife diesen Spruch viele Male stürmisch und leise, trösig und ergeben, immer wieder: „Wir wollen nach vorwärts, vorwärts, vorwärts dankbar sein.“ Und „vorwärts“, das war Rom, war die Jugend, die Wanderschaft nach dem Norden, war diese Nachstunde, das Meer, das stille Meer, das Sturmsee Meer — Vorwärts! Das war der neue Tag, der siegreich und in Flammen über die schwarzen Berge hereinbrach.

Thomas traf unterwegs nach Rom viele Kameraden, die wenn sie jung waren, wie Morgengötter wandelten, und wie traurig und krank am Wege trocknen, wenn das Alter kam. In drei Genesimarschen erreichte er Rom. Er war hungrig und übermüdet, doch die Briefe gaben Mut und Trost. Schilf hatte seinem Schreiben zehn Mark beigelegt, und das freute ihn sehr. In dem Brief von Lisa lag eine Strähne ihres Haares. Das freute ihn noch mehr.

Sein Quartier war eine armselige Herberge und lag in der Nähe der Peterskirche. Hier traf er viele Kameraden, auch den kleinen Leipziger und den Polen aus Genua. Der Tod des Königs hatte die Tüppelbrüder verwirrt und in feindliche Haufen gespalten. Die einen hoben Barbarossa auf den Schild, die andern Schreifogel. Barbarossa war ein großer, rothaariger Schmied, der lange Jahre bei einer römischen Witwe untergetrocknet war und sich ausschalten ließ, dann aber — das Landstreicherblut brüllte nach Freiheit — die Ketten zerriß und das unterirdische Rom beherrschte, das Rom der jungen und alten Bagabanden.

Wie lebten diese Leute! Thomas sah staunend, daß alle ihre bestimmten Berufe und Spezialitäten hatten, alle, vom zerlumpten, hoffnungslosen Bettler, der die Klöster abstufte, bis zum eleganten Hochstapler, der im feudalen Hotel wohnte und doch die Verbindungen zur Tiefe aufrechterhielt. Zwischen diesen Polen bewegten sich die andern: Bettelebriefschreiber, Aushelfer bei alleinstehenden Frauen, Erisamänner, dann Verbindungen zur römischen Liebeswelt — Zufüller und Schlei-per. Weiter andre warteten für die fremden Reisenden den armen Landsmann, der nach Deutschland zurück will. Viele ließen sich gern und willig von den römischen Priestern bekehren, wurden heute katholisch, um sich morgen reuig bei dem evangelischen Pfarrer einzufinden und wählten schon die Adresse des Rab-bis und drängten zur gelinden Bescheidung.

Dann war die rote Schiebung: die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien wurden elegant und mit sozialistischen Phrasen geplündert. Weiter: geschlossene Diebereien der Jungen und Unerfahrenen, größerer Schläger der alten Heißhühner. Um den Bissen Brot wurde mit Gift und Ausdauer, wenn es galt bis aufs Blut gekämpft. Und zwischen diesen Kameraden lebten die von der Sehnsucht des Herzens nach Italien Getriebenen, die erschauernd den Schutz des alten Weltreichs betrachteten, verzärtelt durch die Mäusen und Sammlungen ließen und die letzte Lira ausgaben für das Forum Romanum oder den Sterbenden Fesler und den Vater Nil.

In dieser Welt des Schmutzes und der Verflüchtung lebte Thomas lange Wochen. Er wanderte in die schwarze Campagna hinaus und marschierte auf der Via Appia, der alten Heerstraße, lag unter den Bogen der antiken Wasserleitung, promenierte durch die Arbeiterquartiere, ließ durch hundert Kirchen und Weinshenken, war Nero und Michelangelo, Dramante und Mark Aurem und der Fabrikarbeiter Thomas Quast zu gleicher Zeit.

Thomas war Bürger von Rom. Aus den Trümmern der Jahrhunderte baute er nach vielen Irrungen seine neue Welt.

Schlechtes Kapitel

Bagabonda

Die Stadt Rom ist von vielen Seiten aus zu betrachten: vom Zimmer haben und acht des Hotels „Imperial“ und vom Ufer des Flusses unterm Brückenhofen. Dem Hotel „Imperial“ betrachten sie Hall und Olga die Stadt Rom, vom Ufer des Flusses unter der Tiberbrücke Thomas Quast.

Hall und Olga waren fünf Wochen in Rom und beschäftigten zu gleicher Zeit mit Thomas den Verräter. Als sie Kaiser's wundervolle Gobelins anschauten, lachte Thomas in die Eignische Kapelle, in die Eisenbarungen Michelangelos. Als sie am Petersplatz einem schwärzbedeckten Bettler zwei Soldi schenkten, sah Thomas mit dem kleinen Leipziger bei Hauki und trank einen Liter Wein für dreißig Pfennig. Hall lebte eine Audienz bei dem deutschen Botschafter in Rom durch. Quast kam nur bis ins Vorzimmer eines kleinen Sekretärs. Hall und die Russen speisten mit dem Botschafter, Quast mußte mit einer Gemarkte des Hilfsvereins zutreiben sein.

Das lustige Gegeneinander löste sich lange fortsetzen, aber was zu beweisen war, ist bewiesen: Vom Hotel „Imperial“ aus betrachtet und erlebt der Mensch Rom anders als von der Tiberbrücke.

(Fortsetzung folgt)

Konsumverein für Lübeck und Umgegend

e. G. m. b. H.

Bilanzen am 30. September 1926

Vermögen		Verpflichtungen	
Warenbestände	RM 981 338.86	Reservefonds	RM 65 774.16
Maschinen und Betriebsmittel	358 000.—	Geschäftsguthaben	227 591.40
Grundstücke und Gebäude	942 000.—	Dispositionsfonds	4 467.98
Hinterlegungen u. Beteiligungen	73 872.03	Hypotheken	318 976.10
Hypotheken	100 000.—	Spareinlagen	1 661 765.77
Kassenbestand	11 870.99	Darlehen	2 187.50
Dankguthaben	203 319.75	Lieferanten	175 401.38
		Steuer: Noch zu zahlende	9 117.79
		Unkosten: Noch zu zahlende	23 685.60
		Rabattguthaben	170 000.—
		Erübrigung	11 433.95
	RM 2 670 401.63		RM 2 670 401.63

Im Geschäftsjahr 1925/26 sind der Genossenschaft 1038 Genossen beigetreten und 2449 ausgeschieden. Am Schlusse des Geschäftsjahres gehörten der Genossenschaft 25 996 Genossen an.
Das Geschäftsguthaben der Genossen betrug am 30. September 1926 RM 227 591.40 und die Haftsumme RM 779 880.—.
Lübeck, den 7. Dezember 1926

Der Vorstand
A. Henze, F. Jaeschke, G. Siart, H. Jahn

5950)

Deutscher Baugewerksbund Lübeck

Diejenigen Kollegen, die ihre Kinder im Alter von 10-14 Jahren auf unserer Weihnachtsfeier mitbringen lassen wollen, werden gebeten, sie am Mittwoch, dem 8. Dezember, abds. 6 Uhr ins Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 1, zu schicken.

Schul-Biederbücher mitbringen. (5949)

Der Festausschuss

Gep. Eisbeine . . . 90.4
Ger. Schweinsfüße 470.4
Lardmettw. . . 2.40 u. 2.60
ger. Landbier u. . . 1.50
Echl. Bierensg. . . 1.20-1.50
Kwaffg. 45, Mischg. 35
Himbeer- u. Kirschblat.lose
Vollreife Limburg u. Harz.
Wegener . . . 10 (5952)

Kartoffel-schalen

Sammet und nimmst gegen Vergütung entgegen.
Gem. Brotschneidung
Salzpeißer
Zentrum 8715 (5961)



Preiswerte

Füllfederhalter

RM 4.40, 4.75

Moster Penkala, Sicherheits-Goldfüllhalter mit dopp. Imt-ansenschluß, 30jähr. Erbfähler behoben . . . RM 7.50

Moster Penkala, 10 Jahre Garantie . . . RM 9.50

Buchhandlung Lübecker Volksbote



100 Ml. zahlt Hersteller, wenn „Reisold“ nicht in 5 Minuten bei Mensch und Tier Kopf, Füß, Kleider, Flöhe (Brut) vertilgt. Bestes Radikalmittel gegen Wanzen. Vertani Zeiger Nr. 1, Registre Nr. 4 5927

Läuse

Handbuch der Dreherei

Praktischer Selbstunterricht im Berechnen der Wechselfräser zum Gewindeschneiden und zur Gewindefabrikation, sowie zum Drehen, Bohren und Hobeln konischer Arbeiten auf der Drehbank, sowie auf der Hobelmaschine.
Von August Loh. Gebunden 5.50 RM

Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Stadttheater Lübeck

Dienstag, 8 Uhr:

Pygmalion

Dienstag, 8 Uhr:

Kammerpiele:

Rezitationsabend

Willy Buchhoff (Kul-

tischer Abend)

Mittwoch, 8 Uhr:

Peterchens Rond-

jahr

(Weihnachtsmärchen)

Mittwoch, 7.30:

Volpone (5955)

Donnerstag, 8 Uhr:

Der Better aus

Dingsda

Freitag, 8 Uhr:

Riva

Sonnabend, 8 Uhr:

Peterchens Rond-

jahr

(Weihnachtsmärchen)

Sonnabend, 8 Uhr:

Pygmalion

Die Ausgabe der neuen

Eintrittskarten und der

Gutscheine an die Abon-

nenten erfolgt nachm. von

3 bis 6 Uhr an der

Theaterkasse.

Spirituosen-Abtl.

Bunteh-Körn. Fl. 1.95

Krumm. Rimmel „ 1.95

Weinbrand-„ 2.50

Weinbrand-„ 3.00

Rum-Verchnitt

Fl. 2.20, 2.50

Rotwein . . . Fl. 1.00

Weißwein . . . 1.00

Tarragona, weiß „ 1.10

Tarragona rot

Flasche 1.00

Apfelwein . . . Fl. 0.50

Große Auswahl in

Sorten . . . Fl. 2.95

Himbeerlaff „ Fl. 0.75

Kirschlaff . . . Fl. 0.95

alles mit Flasche

Edward Speck

Hügelstraße 80/84

Zahle

höchste Preise für

Felle

Tierhaare

Wildfelle

wie Fuchs, Marder,

Ilis usw.

Josef Wagner

Spezial-Zell- und

Haargroßhandl.

Dankwartstraße 25

Holtenauerstraße 8

Tel. 3414

Arbeitsrecht

von Prof. Dr. O. Bühler

Her ausgegeben 1926

Preis 2.80 M

Buchh. Lübb. Volksbote

Johannisstraße 46

Kolosseum

Mittwoch 8 Uhr: (5928)

der beliebte

Tanzabend

Weil es so schön war:

Wiederholung

der großen Schneeballschlacht



Schlager
unserer Pelz-Abteilung
Pelzjacke, Skunks Kan. auf Damassé 100.
Ein schönes Weihnachts-Geschenk
Korffstadt

Verband Deutscher Schiffingenieure

Achtung, Angestellte!

Am Mittwoch, dem 8. d. Mts., findet in

unserem Verbandslokal, Al. Mite, Jahre 23, ein

Vortrag

des Herrn Carl Strömbecke aus Hamburg über

Angestellten-Versicherung statt. Anfang 7 Uhr

abends. Gäste und Interessenten sind hierzu

freundlichst eingeladen. Der Vorstand

Luisenlust

Mittwoch, Gr. Tanztränzchen Eintritt u. Tanz frei

Biochemischer Verein Lübeck E.V.

gegr. 1920

Mitglieder-Verammlung

am Mittwoch, dem 8. Dezember

abends 8 Uhr

im Weißen Saal der Stadthalle

L.D. u. a. Vortrag des Herrn Dr. med.

Melhorn über „Reiztherapie“

NB. Um Verwechslungen zu vermeiden,

wachen wir unsere Mitglieder und Freunde

darauf aufmerksam, daß unser Verein

nach wie vor obige Vereinsbezeich-

nung führt. Unsere Geschäftsstelle be-

findet sich Seidelplatz 19 pt.

Fernsprecher 4543.

Aufnahmen von Mitgliedern werden hier

entgegengenommen. Dasselbst finden auch

die Sprechstunden des biochemischen Arztes

statt. (5943)

Es werden auch Nichtmitglieder be-

handelt. Der Vorstand

Baugewerksbund

Am Freitag, d. 10. Dezember, abends 7 1/2 Uhr

Kuglerordenl. Mitgliederversammlung

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Bauarbeiter und Bauwirtschaft

Referent Kollege Scheibel.

Am Donnerstag, d. 9. Dezember, abends 8 Uhr

in Zadenburg, Lokal Biedrichsen.

Am Freitag, dem 10. Dezember, abends 8 Uhr

in Seewartan, Gasthof Transvaal.

Am Sonnabend, d. 11. Dezember, abends 8 Uhr

in Roisting, Restaurant Hoyer.

Am Sonntag, dem 12. Dezember, nachm. 3 Uhr

für Trammendorf und Pansdorf

im Lokal Wulf, Gasthof Gr. Trammendorf.

Tagesordnung in allen Versammlungen

die Wirtschaftliche und das Baugewerbe

Referent Kollege Abel, Hamburg.

Zahlreiches Erscheinen in allen Versammlungen

bitte sehr erwidern. (5952)

Der Vorstand.



Für die Hausbäckerei

empfehlen wir (5956)

Feinst. Auszugmehl Konsum 0000

in 5-Pfund-Beuteln 5 Pfund 1.50

Ia Bäckermehl 000 Pfund 0.26

Zucker, gem. „ 0.34

Rosinen, Sultana „ 1.00

Rosinen, mittelhell „ 0.80

Rosinen, kalit. natur. „ 0.55

Koriathen „ 0.50

Kokosnuß, geraspelt „ 0.66

Mandeln, bitter „ 2.50

Mandeln, süß „ 2.40

Sukcade „ 2.30

Orangeat „ 1.40

Ruchensirup „Lau“ „ 0.40

Rosenöl Fläschchen 0.06

Mandelöl „ 0.06

Zitronenöl „ 0.06

Bäckpulver GEG Paket 0.08

Konsumverein

für Lübeck u. Umgegend e. G. m. b. H.



Die erste Sitzung der neuen Bürgerschaft

Ehlers wieder zum ersten Wortführer gewählt

Dringlichkeitsanträge der Sozialdemokratie für die Erwerbslosen und für den Wohnungsbau

Der Haasleuten erster Reifall

Mit freundlichen Worten, mit dem Ausdruck innigen Wohlwollens, und der Kundgebung des ernstesten Mißfallens über das Schmutzblatt des Herrn Haase hatte sich die große, glorreiche Mehrheit in den vergangenen Wochen an die Sozialdemokratie gewandt, Kombinationen vorgeschlagen, um den ersten Wortführer für sich zu ergattern, oder wenn nicht den Wortführer, so doch einen andern, vielleicht noch mächtigeren Köpfe, und wenn nicht den, so sonst etwas, und hatte mit all ihrer plötzlich entbrannten Liebe nur eines gefunden — eine eiskalte Schulter.

„Meine Herren, wir werden den Mann wieder wählen, den Sie in der Wahlzeit wider besseres Wissen angepöbeln haben. Wenn Sie mit uns stimmen, gut, wenn nicht — bitte, lassen Sie uns wählen!“ Das war die ganze Antwort.

So wurde gewählt; und siehe da — die Haasleuten fielen unten durch. Sie werden jetzt ein großes Wehgeschrei anstimmen, sich für vergewaltigt erklären, und sich auf den parlamentarischen Brauch berufen — den die bürgerlichen Parteien in andern Landesparlamenten schon zehnmal gebrochen haben. Sie werden wenige finden, die mit ihnen weinen.

Vor der Wahl gab's allerdings noch ein Vorspiel mit gewaltigem Rumor. Den Kommunisten, denen bekanntlich wegen mangelhaften Radaus in der Lübecker Bürgerschaft von oben her schwer eins aufs Dach gegeben war, war ein Oberregisseur aus Offenbach auf die Nase gesetzt worden, der für diesen feierlichen Tag ein großes Theater in und außerhalb der Bürgerschaft zu inszenieren hatte. — Große Erwerbslosendemonstration, Deputation ins Rathaus und Krach im Saal.

Leider klappte die Regie, die ihr Hauptquartier in dem sonst so friedlichen Vorzimmer der Bürgerschaft aufgeschlagen hatte, gar nicht. Für die Demonstration fehlte die nötige Zahl von Statisten, es war das kleine Häuflein der altbekannten Unentwegten, die Deputation gelangte zwar bis ins Vorzimmer, aber sie wußte auch da nicht recht, was sie mit sich anfangen sollte — und der Krach wurde zur Komödie.

Wild tobten Schmidt und Klau gegen die „verräterische“ Sozialdemokratie, der sie einmal noch den Wortführer bewilligen würden, aber nur, wenn wir zuvor alle kommunistischen Agitationsanträge unterschrieben. — Und als Haut darauf mit zwei Worten erklärte, die Sozialdemokratie sei gewohnt, selbst ihre Anträge zu stellen, und denke nicht im entferntesten daran, sich von den Kommunisten Vorwürfen machen zu lassen, da erklärten diese wilden Gesellen, wir seien die ausgemachtsten Halunken und Verräter — aber Ehlers würden sie doch wählen. Und damit war der Klamaus zu Ende.

Dieser Ekelmut war ja sehr rührend, aber sehr unnötig; denn auch ohne die Kommunisten hätten wir die nötige Mehrheit; für den Mitbewerber, Herrn Keibel, wurden die 36 Stimmen der Haasleuten abgegeben, nicht eine darüber; 44 Stimmen fielen auf Ehlers; wer addieren kann, weiß danach, was er von der neuen Bürgerschaft zu erwarten hat.

Erster Stellvertreter wurde dann Keibel mit 56 Stimmen, eine war auf Herrn Grieger und eine auf Herrn Neumann gefallen. Und es entbehrte wiederum nicht eines niedlichen Reizes, als Herr Keibel als nun Gewählter erklärte, sich die müstergültige Geschäftsführung unseres Genossen Ehlers zum Vorbild nehmen zu wollen.

Zum zweiten Stellvertreter hatten die Kommunisten ihren neuen Mann, Drews, vorgeschlagen, natürlich ohne sich vorher mit irgend jemand in Verbindung zu setzen. Sie hatten es offenbar darauf abgesehen, nicht ins Präsidium gewählt zu werden, um dann um so lauter brüllen zu können. (Oder steht Kopf gar schon auf der schwarzen Liste? — Als Fraktionsführer ist er jedenfalls abgesetzt.) Wir verdarben ihnen aber den Spaß und wählten Kopf, und Kopf wurde gewählt, mit 55 Stimmen sogar, und mußte heraus aufs Podium; denn Ablehnung ist nach der Verfassung nicht statthaft. Er ließ sich auch nicht lange bitten, nach einem kleinen, lauwarmen Protest ging er hinauf und erneuerte unaufgefordert sein Bekennnis zu Verfassung und Geschäftsordnung.

Und dann begann die Arbeit, die an diesem ersten Abend bestimmt war durch die Initiationsanträge der Sozialdemokratischen Fraktion. Der erste Antrag galt naturgemäß den Erwerbslosen. Er forderte den Senat auf, für eine Weihnachtsgabe an die Bedürftigen nicht nur der Arbeitslosen, sondern auch der Rentner und Kriegsbekämpften den nötigen Betrag auszuwerfen und der Bürgerschaft schnellstmöglich eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Wenn in diesem Antrag von der Festsetzung einer bestimmten Summe abgesehen wurde, so geschah das, um nicht mit reichsgesetzlichen Bestimmungen in Konflikt zu geraten. Unsere Vertreter in den Behörden werden dafür sorgen, daß der Staat für diese dringendste Aufgabe auch wirklich so viel hergibt, wie irgend aufzubringen ist.

Ging dieser vom Gen. A. D. Löwigt begründete Antrag, bis auf die unvermeidlichen kommunistischen Brandreden, glatt durch. So meldete sich bei dem folgenden, dem Wohnungsbau gewidmeten Vorstoß der Sozialdemokratie das erste Donnerrollen.

Zwar mit dem Inhalt des Antrages, der darauf abzielte, das Wohnungsbauprogramm des kommenden Jahres solange aus Anleihemitteln zu finanzieren, bis die neuen Einnahmen da sind, damit in der Wohnungsbaubereitschaft keine Unterbrechung eintritt, waren eigentlich alle einverstanden. Aber verschiedene der erkrankten „Wirtschaftsjäger“ fühlten das Bedärfnis, bei dieser Gelegenheit schon ihr Licht leuchten zu lassen.

Herr Reese erntete damit fürwilde Heiterkeit, die in einer wahren Lachsalve explodierte, als er sich selbst als „Wirtschaftsminister“ vorzustellen den Mut fand. — Schlimmer erging

es Herrn Dinter, der — ausgerechnet Dinter — erklärte, die Haasleuten verabscheuten jeden persönlichen Kampf. Ob dieser unerhörten Heuchelei mußte er sich von Haut denn doch einige bittere Wahrheiten sagen lassen. Nein, meine Herren, so kurz von Gedächtnis sind wir denn doch nicht.

Es folgte noch ein sozialdemokratischer Änderungsantrag zum Stiftungsgesetz und ein demokratischer für die Angestellten. Beide fanden eine Mehrheit; interessant war hierbei, wie bei der schließlich noch angenommenen Senatsvorlage über den Rückkauf des Triton-Geländes an der Herrenbrücke vor allem der Abstimmungsmechanismus der Haasleuten. Erst fiel einer aus der Rolle, dann zwei und zum Schluß war es ein vollständiges Goppel-Poppel.

Gesamteindruck dieser ersten Sitzung: Die Sozialdemokratie absolut führend, sachlich sowohl wie in der Durchsetzung ihres Willens. Die neu gewonnenen sieben Mandate erweisen sich schon heute als ein höchst realer Machtwort. Die Fraktion wird wissen, dieses Mehr an Einfluß und damit natürlich auch an Verantwortung so auszunutzen, wie sie es ihren Wählern versprochen und dabei auf bürgerliche Sirenenfänge so wenig hören wie auf kommunistische Brandreden.

*

b. Lübeck, 6. Dezember.

Die Wahl des Geschäftsvorstandes

Dr. Görz (SB.) eröffnet als Alterspräsident (er steht im 78. Lebensjahr) die Sitzung und heißt die Bürgerschaftsmitglieder willkommen. Als erste Handlung steht die Wahl des Wortführers auf der Tagesordnung.

Schmidt (Komm.) fordert die sozialdemokratische Fraktion auf, ihren Kandidaten zu benennen. Sie würden für diesen stimmen, wenn die Sozialdemokraten für die bekannten kommunistischen Forderungen zugunsten der Erwerbslosen eintreten und eine Verschlechterung der Geschäftsordnung verhindern.

Haut (Soz.) erwidert, der kommunistischen Fraktion sei ihr Kandidat wohl bekannt. Im übrigen müßten es die Sozialdemokraten grundsätzlich ablehnen, sich von der kommunistischen Fraktion irgendwelche Vorschriften machen zu lassen.

Klau (Komm.) wendet sich ausfällig gegen die Sozialdemokratie, die Verrat an den Erwerbslosen begehe und Ansehenshandel mit den Haasleuten treibe.

Haut (Soz.) stellt fest, daß Kopf an den Verhandlungen des Aeltestenausschusses teilgenommen habe, in denen die Frage des Wortführers besprochen und unser Kandidat benannt worden sei. Wenn der kommunistische Vertreter nicht rechtzeitig erscheine, könnten andere nichts dafür. Im Haushaltsausschuß habe sich der kommunistische Vertreter in den letzten Jahren auch nur wenige Male gezeigt. Im übrigen sei das Vorgehen der Kommunisten nur ein auf Kommando von Moskau veranstaltetes Theater.

Schmidt (Komm.) behauptet, die Sozialdemokraten hätten erzwungen, dem Haasleutenbund den Wortführerposten zu überlassen, weil sie nicht mit dem Bürgertum brechen wollten. Auch die kommunistischen Forderungen wollten sie nicht erfüllen. Die Kommunisten wollten keine Extrawurst, sie würden den Sozialdemokraten aber auch nicht erlauben, die Arbeiter zu beschwindeln und dem Haasleutenbund den Wortführer zu überlassen. Auch ohne daß die Sozialdemokraten die kommunistischen Bedingungen erfüllten, werde die kommunistische Fraktion für die Wahl eines sozialdemokratischen Wortführers eintreten.

Die Wahl fällt auf Gustav Ehlers. Er erhält 44 Stimmen, Dr. Keibel (SB.) 36.

G. Ehlers dankt für das Vertrauen, das ihm nun zum siebten Male für dieses Amt entgegengebracht wird. Er verspricht nach wie vor die Geschäfte der Bürgerschaft unparteiisch zu erledigen und die Verhandlungen ohne Ansehen der Person zu führen. Die Unterstützung aller sei zu gemeinsamer Arbeit notwendig. Wenn auch der Wahlkampf scharf (Zuruf Haut: gemein!) geführt worden sei, so wolle er doch dem Wunsch Ausdruck geben, daß die zukünftige Arbeit zum Wohl der Arbeiterschaft und der gesamten Bevölkerung ausfalle. Im Namen der Bürgerschaft danke er dem Alterspräsidenten für dessen Mitbewilligung.

Boie (SB.) beschwert sich darüber, daß die Wahl nicht auf ein Mitglied der stärksten Fraktion gefallen ist. (Zuruf: Ihr seid ja gar keine Fraktion!) — Heinrich (Dem.) verweist darauf, daß heutige Mitglieder des SB. in früheren Fällen bei der Wortführerwahl auch nicht nach dem Boie angeführten Grundätzen verfahren seien.

Als erster Wortführerstellvertreter wird Dr. Keibel (SB.) mit 56 Stimmen gewählt. Auf Drews (Kommunist) fallen 5, Kopf (Komm.) 2, Rosengart (Komm.) eine Stimme; ferner auf Dühring und Grieger (SB.) je eine Stimme. Unbeschrieben sind 13 Zettel.

Zum zweiten Wortführerstellvertreter wird Kopf (Komm.) mit 55 Stimmen gewählt. Drews (Komm.) erhielt eine Stimme, ebenso Dr. Neumann. Unbeschrieben sind 18 Zettel. — Da die Kommunisten Drews vorgeschlagen hatten, lehnte Kopf ab. Er mußte aber laut Verfassung die Wahl annehmen und versprach, sein Amt den Bestimmungen der Verfassung und Geschäftsordnung entsprechend zu verwalten.

Ueber das Ergebnis der Wahlen zum Bürgerausschuß und der künftigen Ausschüsse werden wir nach Erhalt des Protokolls berichten.

*

Die Bürgerschaftsmitglieder der Demokratischen Partei, des Zentrums und der Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung haben sich zu einer Fraktion: Freie Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Wortführender ist Heinrich, Stellvertreter Dr. Lohmeyer.

*

Der Senat läßt erklären, daß er dem wiederholten Bürgerschaftsbeschuß betr. Nachtrag zum Beamtenbesoldungsgesetz beigetreten ist. Die Schulwärtter rüden von

der Gehaltsgruppe 3 B in Gruppe 3 D und 4 A auf, die gehobenen Amtsgelöhnen und Hausmeister von 3 B in 3 D. Die erforderliche Nachtragssumme erhöht sich durch diese Entscheidung von 114 000 auf 120 000 RM.

Die Anfrage Schmidt (Komm.) betr. Auskunft über die Lieferung von 5 Zentner Briketts an die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinentner lehnt die Bürgerschaft ab, an den Senat zu bringen.

Hilfe für die Erwerbslosen

Die sozialdemokratische Fraktion stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, zum Weihnachtsfeste einen angemessenen Betrag zur Unterstützung der Erwerbslosen, Sozialrentner und Notstandsarbeiter zur Verfügung zu stellen. Ab. Löwigt.

Die Kommunisten fordern: 15 RM. für jeden Mann, 10 RM. für die Frau und 5 RM. für jedes Kind. Ferner soll jede Erwerbslosen- und Notstandsarbeiterfamilie einen Gutschein für 5 Zentner Kartoffeln erhalten, die Zuschüsse an Kinderreiche verdoppelt und auf Antrag jedem Erwerbslosen die volle Miete bezahlt werden.

Adolf Löwigt (Soz.)

Wenn wir dem Antrag der Kommunisten nicht beigetreten sind, so haben wir dafür unsere guten Gründe. Dieser Antrag will die Frage allgemein behandeln. Gewiß erkennen wir, daß sich die Erwerbslosen in einer Notlage befinden und daß Abhilfe geschaffen werden muß. Die Unterstützung erfolgt im allgemeinen nach den Reichsgesetzen und wir können feststellen, daß in Lübeck die Erwerbslosenfrage einigermaßen vernünftig geregelt wird. Wenn wir trotzdem den Antrag stellen, so deshalb, weil die heutige Wirtschaftskrise keine vorübergehende ist, sondern hervorgerufen wurde durch die Inflation und die Rationalisierungsbestrebungen. Rücksichtslos werden Betriebe stillgelegt und Arbeiter entlassen. Da die Erwerbslosen in absehbarer Zeit keine Arbeit erhalten, müssen außerordentliche Maßnahmen ergriffen werden. Von 4447 Erwerbslosen werden 2860 unterjüngt. Die Erwerbslosigkeit dauerte bei Aufnahme dieser Statistik bei 940 unterjährigberechtigten Erwerbslosen 1—13 Wochen, bei 965: 13—26 Wochen, bei 799: 26—39 Wochen und bei 129: 39—52 und mehr Wochen. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, daß es nicht gut angängig ist, die Hilfe schematisch anzumenden. Gewiß würde manchen dadurch geholfen, andere benötigen Wäsche oder Geld. Deshalb beantragen wir die Insetzung einer angemessenen Summe. Der Senat muß sich ungefähr nach dem richten, was im Reich allgemein anerkannt wird. Sie wissen, daß den Beamten ein Weihnachtsgeschenk gegeben werden soll. (Zuruf links: Trübsal für die Staatsräte!) Es handelt sich für die unteren Beamten um $\frac{1}{4}$ resp. $\frac{1}{2}$ eines Monatsgehalts. Für diese sind 30—60 RM. nicht allzu viel, die oberen Beamten brauchen nichts. Der Senat möge sich die Sache zur Richtschnur nehmen, damit können die Erwerbslosen etwas anfangen. Wir hätten es auch lieber gesehen, wenn die im Oktober bewilligten 100 000 RM. schon verwandt worden wären. Für uns kommt es darauf an, daß den Erwerbslosen geholfen wird. Das geschieht mit dem kommunistischen Antrag nicht. Er ist ja auch nach dem Eingekündnis der Hamburger Volkszeitung nur gestellt, um die Sozialdemokratie zu „entlarven“. Wir lassen uns von einer in Hamburg erscheinenden Zeitung keine Vorschriften machen. Wir sind ja nicht von der kommunistischen Partei geduldet, sondern wir werden danach beurteilt, was wir für die Arbeiterschaft getan haben. Wir haben deren Interesse wahrgenommen wie es sich gehört und unsere Verhältnisse es gestatten. Vom Senat erwarten wir eine Vorlage, die den Erwerbslosen wirklich Hilfe bringt. (Beifall bei den Soz.)

*

Senator Mehrlein erklärt es für selbstverständlich, daß sich der Senat mit Eifer der Erwerbslosen annimmt. Er müsse aber auch die finanzielle Frage prüfen. Er habe sich nach Anhören der Finanzbehörde damit beschäftigt und bringe der Bürgerschaft einen Antrag entgegen, der 1½ Millionen Reichsmark für Notstandsarbeiten für diesen Winter fordere.

Schmidt (Komm.): Vor der Wahl hat die Bürgerschaft dem kommunistischen Antrag zugestimmt. Heute machen die Sozialdemokraten Einwände. Sie wissen eben die Not der Erwerbslosen nicht zu würdigen. Der Senat gibt den Erwerbslosen doch nur Bettelpennie. Wir werden diesen Senat beistimmen. — Klau (Komm.) erkennt die vom Senat angebotene Hilfe nicht für voll an. In Lübeck mehrte sich die Zahl der Erwerbslosen, die keine Unterbrechung erhielten. Statt Notstandsarbeit verstärkte man die Pflichtarbeit und die Frauen würden gar nicht berücksichtigt. Dem Wohlfahrtsamt dürfe man die Verteilung der Summe nicht überlassen. Der Redner fordert die Bewilligung von 250 000 RM. für die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinentner. Das Wohlfahrtsamt habe Gutscheine ausgegeben, die bei kleinen Höfen eingelöst werden müßten. Deren Ware war schlechter und teurer als im Konsumverein. Die Gutscheine dürften nur in diesem eingelöst werden. Auch die Notstandsarbeiter müßten von dieser Summe etwas bekommen.

Ad. Löwigt (Soz.) betont, daß wir leider nicht aus dem vollen schöpfen können. Die Kommunisten möchten bedenken, daß wir nicht im preussischen Landtag seien und vernünftig miteinander reden müßten. Die Methoden, die die Kommunisten bisher angewandt haben, hätten ihnen ein erhebliches Teil Stimmen gekostet. Der Redner erwartet vom Senat, daß die für Feuerungshilfe bewilligten 100 000 RM. zunächst zur Auszahlung kommen. Auch für die Sozialrentner müsse ein bestimmter Betrag ausgeschüttet werden. Rechnet man zu den 5000 Erwerbslosen noch 1500—2000 Sozialrentner, komme man mit 250 000 RM. gar nicht mehr aus. Bei Streitigkeiten über Tarifwünsche hätten die Verhandlungen beim Arbeitsamt stets Erfolg gehabt. Den Erwerbslosen werde nur geholfen, wenn auch durchführbare Anträge angenommen würden. Seine Fraktion habe von der

Nennung einer festen Summe abgesehen, weil sie den Erwerbslosen wirklich helfen sollte.

Bruhn (SB.) protestiert gegen eine einseitige Bevorzugung des Konsumvereins. Der gewerbliche Mittelstand fordere gleiches Recht. Der Konsumverein sei nicht leistungsfähiger als die Edeka. Dem Mittelstand gehe es sehr schlecht. Die Regierarbeit des Staates müsse aufhören, und der Staat müsse auf die Finger gehen werden. (Zuruf: Passarge: Sie fangen ja gleich den ersten Tag an zu tohlen! — Haut: das war ja ein Wirtschaftstopf, der gesprochen hat! — Große Heiterkeit.) — Klann (Komm.) verteidigt seinen Antrag wiederholt und beweist, daß der Konsumverein die Waren billiger abgibt als die Kleinhändler. Das Arbeitsamt dürfe nicht vorschreiben, wo die Waren gegen Gültcheine eingetauscht werden müßten. Die Vertreter des Handelsbundes hätten übrigens gerade gegen den kommunikativen Antrag gestimmt, der den zu Arbeitslosen hinzugehörigen Mittelständlern den Tariflohn sichern wollte.

Der Dringlichkeitsantrag Bruns und Genossen betreffend Unterstützung der Erwerbslosen wird gegen die Stimme von Pastor Kühl angenommen.

Mittel für den Wohnungsbau

Die Sozialdemokratie stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Die Bürgerschaft erlucht den Senat, die für den nächstjährigen Wohnungsbau erforderlichen Mittel so rechtzeitig aus Anleihemitteln zur Verfügung zu stellen, daß nach Beendigung der Kreditperiode sofort mit den Bauten begonnen werden kann. U. Haut.

Haut (Soz.) begründet den Antrag mit dem Hinweis, daß die gegenwärtige Bauperiode ihrem Ende zuneige und rechtzeitig Mittel bereitgestellt werden müssen, um beim Beginn der nächstjährigen Bauperiode keinen Stillstand eintreten zu lassen. In diesem Jahr seien 3 Millionen Mark bewilligt worden, und für das nächste Jahr sei die gleiche Summe vorgesehen. Die Gelder hierfür, die aus der Anleiheentlastung genommen werden, gingen aber nur langsam und sehr spät ein. Wenn darauf gewartet werde, könnten die erwerbslosen Bauarbeiter nicht rechtzeitig in Tätigkeit gesetzt werden. Deshalb müsse der ganze Betrag sofort aus Anleihemitteln zur Verfügung gestellt werden, damit die Verteilung der Mittel rechtzeitig vor sich gehen könne. Verzinsung und Amortisation müßten aus den Mitteln des nächsten Etatsjahres fließen.

Schlösser (SB.) bittet den Senat, bei der Verteilung der Mittel die Genossenschaften gleichmäßig zu berücksichtigen. — Drews (Komm.) fordert, daß die Bauten für die Mittel zum Wohnungsbau bereitgestellt werden, vom Staat ausgeführt werden. Durch den Privatbau würde die Wohnungsnot der Mittellosen nicht gelindert. — Dinter (SB.) unterstützt den sozialdemokratischen Antrag. Dessen Annahme sei im Interesse der Bauwirtschaft notwendig. Die Ausführung in staatlicher Regie lehne seine Fraktion ab. Das private Baugewerbe fordere die gleiche Berücksichtigung wie früher. — Reese (SB.) meint, wer die Wirtschaft heben wolle, müsse Arbeit schaffen und nicht Summen für andere Zwecke bewilligen. Man dürfe das Baugewerbe nicht zugunsten einer gewissen Klasse abbauen. Die Genossenschaften dürften erst in letzter Linie berücksichtigt werden. (Passarge: Sie meinen wohl Rebedorf?)

Haut (Soz.) polemisiert gegen Dinter, der den Nachweis für die Behauptung schuldig geblieben sei, daß die Mittel nicht gerecht verteilt werden. Wenn man richtig hinschaue, dann könne gesagt werden, daß gerade die Genossenschaften und Vereine, die er (Redner) zu vertreten habe, stets zu kurz gekommen seien. Eine Verständigung sei im Ausschuß immer gelungen. Allerdings sei bisher keiner im Ausschuß so kühn gewesen, das Verdienst für eine vernünftige Regelung für sich allein in Anspruch zu nehmen. An dem bisherigen Zustand solle man nichts ändern, wenn keine unlauteeren Nachenschaften nachgewiesen werden könnten.

nen. Die Ausschußmitglieder hätten das ehrliche Bewußtsein gehabt, für ihre Beauftragten das Beste getan zu haben.

Dinter (SB.) behauptet, es gehöre zu den Prinzipien des hanseatischen Volksbundes, jede persönliche Anwartschaft zu vermeiden. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Sie sollten sich schämen, so etwas zu sagen!) Der Redner behauptet, aus der Politik noch niemals ein Geschäft gemacht zu haben. Der Ausschuß sei aus Interessenträgern der Baugenossenschaften zusammengesetzt, die zumeist den Linksparteien angehörten.

Haut (Soz.) verweist den Vorredner auf das Flugblatt gegen Dietrich (Zuruf: Es war eine Schweinerei!). Dinter sollte vor dem Oberpostdirektor die Anklagen beweisen, sei aber dazu nicht in der Lage gewesen. Im Wahlkampf hätte gerade Dinter und Grabner am meisten gesündigt.

Klann (Komm.) fordert, daß die Gelder nur für den staatlichen Wohnungsbau benutzt werden. Das Unternehmertum, das durch den Hanseatenbund vertreten werde, verteidige nur seinen Profit. Auch die bestehenden Baugenossenschaften sollte man bei der Verteilung der Mittel ausschließen. — Dinter (SB.) erklärt, er werde mit seinem Material gegen Dietrich zu gegebener Zeit herauskommen.

Der Antrag Haut wird einstimmig angenommen.

Das Stiftungsgesetz

Ein sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag fordert Abänderung des Stiftungsgesetzes. Er lautet:

§ 3 des Lübecker Stiftungsgesetzes vom 6. März 1926 erhält folgende Fassung:

1. Für die Wahl der bürgerlichen Mitglieder bei den öffentlichen Stiftungen gilt der § 50 der Landesverfassung.
2. Die Vorsteherchaft der öffentlichen Stiftungen setzt sich aus zwei Mitgliedern des Senates und aus sechs bürgerlichen Mitgliedern zusammen. Die Vorsteherchaft des Waisenhauses besteht aus sechs bürgerlichen Mitgliedern.
3. Es ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß ein zu wählender Vorsteher nicht schon der Vorsteherchaft einer anderen öffentlichen Stiftung angehört.
4. Die Amtsdauer der nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gewählten bürgerlichen Mitglieder beträgt sechs Jahre.

Dr. Haun. Dr. Haun (Soz.) begründet den Antrag, der verhindern soll, daß die Vorsteherchaft die zur Wahl gestellten Kandidaten präsentiert und die Bürgerchaft nur von dreien einen auswählen kann. Dadurch werde Inzucht getrieben. Die Bestimmung müsse der Bürgerchaft überlassen bleiben. — Der Antrag geht an den Bürgerauschuß.

Ein Dringlichkeitsantrag Heinrich und Gen. lautet:

Die Bürgerchaft erlucht den Senat, sofort in eine Prüfung der Forderungen einzutreten, inwieweit entsprechend den Bestimmungen des II. Kapitels zum Beamtenbeoldungsgesetz vom 21. März 1923 ein Gruppenaufstieg auch für die Angestellten durchführbar ist.

Der Antrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Rückkauf der Tritonwerke

Der Neumarkt (SB.) erklärt, seine Fraktion stimme der Vorlage bedingungslos zu, obwohl der Preis sehr hoch liege. — Klann (Komm.) beantragt Ausschußberatung. — Dr. Lohmeyer (Arbgem.) hält den Preis ebenfalls für außerordentlich hoch, wenn man bedenke, daß die Gerichte die Werte der Grundstücke gegenüber 1914 um zwei Drittel herabsetzten, deshalb sei Ausschußberatung notwendig. — Ausschußberatung wird abgelehnt, der Senatsantrag mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Schluß 9 Uhr.

Freistaat Lübeck

Dienstag, 7. Dezember

In den Schlingen des Gesetzes

Kriminalstatistik des Jahres 1924 — Ueber 900 000 Angeklagte

Eine vom Reichsjustizministerium und Staatlichen Reichsamt veröffentlichte Statistik über die im Jahre 1924 abgeurteilten Verbrechen ergibt folgendes Bild: Vor dem Reichsgericht hatten sich wegen Hochverrat, Landesverrat, unbefugten Besizes von Schusswaffen und Munition, Verrats militärischer Geheimnisse und Vorbereitung von Sprengstoffverbrechen 75 Personen zu verantworten, von denen 67 verurteilt wurden. 9 Anklagen lauteten auf Angriff gegen Regierungsmitglieder, die Staatsform, die Reichs- und Landesfarben sowie auf Teilnahme an bewaffneten, geheimen und staatsfeindlichen Verbindungen; sie führten alle zur Verurteilung. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat 136 Verurteilungen ausgesprochen. Wegen Hochverrats wurden von ihm 12 Personen, wegen Raub in Verbindung mit schwerer Körperverletzung 4, wegen Angriffen gegen die Regierungsmitglieder 51, 57 Personen verurteilt.

Ganz gewaltig ist die Zahl der Anklagen und Verurteilungen bei den Gerichten der Länder. Von ihnen wurden an 675 466 Fällen Anklage wegen Verbrechen und Vergehen gegen das Strafrecht erhoben. Davon führten 533 446 zur Verurteilung. In 112 Fällen lautete das Urteil auf Tod. In 24 Fällen wurde lebenslängliches Zuchthaus, in 927 Fällen 15 bis 25 Jahre Zuchthaus verhängt. Die Militärgerichte und Landgerichte auf See fällten 4 Urteile wegen tödlichen Angriffes gegen Vorgesetzte und 2 wegen Anfechtung von Soldaten zur Verweigerung des Gehorsams.

Insgesamt wurden von der Staatsanwaltschaft 917 960 Anklagen wegen Verbrechen und Vergehen erhoben, die in 677 290 Fällen zu einer Verurteilung führten. Von den Verurteilten waren 129 644 Frauen und 45 666 Jugendliche. 22 143 Urteile lauteten auf Gefängnis, Beweise wurden lediglich 335 ausgesprochen.

Der Postverkehr im Oktober

Der Verkehr der Reichspost hat sich im Monat Oktober nahezu in allen Geschäftszweigen gehoben und teilweise höhere Monatsfiguren erreicht als in den vorangegangenen Monaten. Die Zahl der Postsendungen betrug im Oktober 523 000 000. Der Postverkehr betrug Ende Oktober 512 Millionen Mark. Der Telegraphenverkehr zeigte eine erhebliche Steigerung, die bei Brieftelegraphen einen Anstieg von fast 26 Prozent gegenüber dem September entspricht. In Fernsprechnetz hat sich die Zahl der Fernsprechkonversationen um 16 736 auf 2 696 733 erhöht. Der Auslandsfernverkehr ist gegenüber dem September um fast 18 Prozent, gegenüber dem Oktober 1925 um 17 Prozent gestiegen. Die Zahl der Nachrichten telegraphisch hat um über 33 000 zugenommen und betrug Ende Oktober 1 255 631. Die Nachrichten der Reichspost betragen im Oktober auf rund 162 Millionen, die Telegraphen auf rund 141 Millionen. Im ersten Wirtschaftsjahr betragen die Nachrichten 60 Millionen, die Ausgaben 31 Millionen.

Das Jahresergebnis des Konsumvereins

7 Millionen Mark Umsatz — 3 Prozent Rückvergütung 26 000 Mitglieder

Der Konsumverein für Lübeck und Umgegend e. G. m. H. hatte zu Sonntag seine Vertreter zusammenberufen, um den Jahresbericht entgegenzunehmen.

Geschäftsführer Henze als Berichtserstatter hob hervor, daß der wirtschaftliche Niedergang sich in der großen Zahl der Erwerbslosen widerspiegeln, und daß auch im laufenden Geschäftsjahre die Einkümmungen in der Wirtschaft ähnlich wie im vorigen Jahre sich noch bemerkbar machten. Die ungeheure Arbeitslosigkeit habe sich auch in unserm Konsumverein fühlbar gemacht. Wir können jedoch sagen, daß wir die schwere Zeit ganz leidlich überstanden und darüber hinaus noch eine kleine Vorwärtseentwicklung zu verzeichnen haben. Unsere Mitgliederzahlen mußten im letzten Geschäftsjahre eine besondere Bereinigung erfahren. Dadurch stellt sich unser Mitgliederbestand am 30. September 1926 auf die Zahl 25 986. Die Reinigungsarbeit müsse noch fortgesetzt werden, um ein möglichst einwandfreies finanzielles Material zu erhalten.

Der Umsatz ist im letzten Geschäftsjahr um 535 405 RM. auf 6 845 680 RM. gestiegen.

Die Anzeichen des angefangenen neuen Geschäftsjahres sprechen dafür, daß die Steigerung weiter fortgeschritten. Von den Mitgliedern hat wieder eine erhebliche Anzahl die Rückvergütungen nicht abgelehnt. Es sei deshalb besonders betont, daß die Mitglieder mehr Wert auf die Sammlung der Schecks legen müssen, da sie sonst der Rückvergütung, die in diesem Jahre 3 Prozent betrage, verlustig gingen. Erfolgreich sei die Entwicklung unserer Kanufakturwarenabgabestelle, die ihren Umsatz auf 316 305 RM. steigern konnte. An neuen Abgabestellen haben wir im laufenden Geschäftsjahr nur eine für Kolonialwaren eröffnet, während für Sachwaren 3 und für Fleischwaren ebenfalls eine eröffnet sind. Einige Abgabestellen mußten aus wirtschaftlichen Gründen in andere Orte verlegt werden. Die Produktionsbetriebe, Schlägerei und Bäckerei zeigen eine erfreuliche Weiterentwicklung und es steht zu hoffen, daß das neue Geschäftsjahr einen weiteren Aufschwung bringen wird. Die Mineralwasseranlage, Schrotmühle, Tischlerei und Malerei waren ebenfalls voll beschäftigt und auch von diesen Betrieben kann gesagt werden, daß sie zufriedenstellend gearbeitet haben.

Der Grundbesitz hat einen nennenswerten Zuwachs erfahren durch Neubauten in Pansdorf, Siems und in der Hausdorfer Straße. Dadurch erhöht sich unser Grundbesitz auf 33 eigene Häuser.

Die Sparkasse hat ebenfalls eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung genommen. Der Einlagenbestand in eingezahlten Reichsmark betrug am 30. September 1926 1 123 057,91 RM. Im allgemeinen können wir mit der Entwicklung des abgelaufenen Geschäftsjahres zufrieden sein. Die noch vor Weihnachten anzukommende Rückvergütung von 3 Prozent dürfte bei unseren Mitgliedern beachtliche Genußbringer anlösen. Ferner sei die Bilanz ein erfreuliches Ergebnis. Die Geschäftsguthaben sind im Oktober auf 27 391,49 und die Sperranlagen einschließlich der Aufwertungsbeiträge auf 1 661 765,77 RM. gewach-

sen. Die Beweglichkeit der verfügbaren Werte sei ebenfalls wieder so reichlich, daß wir fast ausschließlich mit eigenem Kapital auskommen. Wenn auch das Ziel, das wir uns gestellt haben, noch nicht ganz erreicht ist, so wollen wir doch im neuen Geschäftsjahr tüchtig weiterarbeiten, um ein noch günstigeres Resultat zu erzielen.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht war sehr ergebnisreich, worin auch ganz besonders die Pflichterfüllung der Vertreter im Vordergrund der Besprechung stand. Der Referent konnte in seinem Schlußwort feststellen, daß die Diskussionsredner im großen ganzen mit der Tätigkeit der Geschäftsleitung zufrieden seien. Ganz besonders wurde die Propaganda in den Vordergrund gestellt, um verbend nach außen hin für die Genossenschaft zu wirken. Nach dem erstatteten Geschäftsbericht wurde die Bilanz genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt, ebenfalls der Verteilung der Erübrigung zugestimmt. Die Wahlen zum Ausschussrat ergaben die Wiederwahl der Genossen Barnde, Puls und Möderl. Mit der Erledigung einiger interner Vereinsangelegenheiten fand die Vertreterversammlung ihren Abschluß.

Aussprache über Einheitswertbescheide. Vom Finanzamt wird uns geschrieben: In weiteren Kreisen herrscht über die Bedeutung der Einheitswertfeststellung noch Unklarheit. Der Vereinigte Alte und Neue Grundeigentümer-Verein ist deshalb an das Finanzamt mit dem Ersuchen herangeraten, in der nächsten Versammlung Aufklärung zu geben. Dilem Wunsch entsprechend wird Regierungsrat Hannemann vom Finanzamt in der Versammlung des Vereins am Mittwoch, dem 8. d. Wts., abends 8 Uhr, in den Zentralthallen zur Sache sprechen. Da auch in den Kreisen der dem Verein nicht angehörenden Grundstückseigentümer Interesse für den Vortrag besteht, wird, ist vereinbart worden, Nichtmitglieder, die Grundstückseigentümer sind, zum Vortrag zuzulassen. Es ist erwünscht, daß sich die Nichtmitglieder durch den Grundsteuerbescheid als Grundstückseigentümer ausweisen.

Das Zugabewesen im Urteil der Händler. In der Abteilung Kolonialwarenhandlung des Kaufmännischen Vereins Schnelldemühl kritisierte, wie „Der Gesellige“ berichtet, Syndikus Dr. Mäder das in erschreckendem Maße sich ausbreitende Zugabewesen. Bei der heute so geringen Verdienstsparnis, so führte der Redner u. a. aus, sei es unmöglich, der Kundhaft Einkaufszugaben zu gewähren. Die sogenannten „Gratiszugaben“ seien in den meisten Fällen in den Warenpreis einbalkuliert, würden also in Wirklichkeit vom Käufer mitbezahlt. — Das haben die Konsumgenossenschaften von jeher behauptet und bewiesen. Trotz aller Proteste der Händler breitet sich das Zugabewesen weiter aus.

Hinterbliebenenrente in der Angestelltenversicherung. Das Gesetz vom 28. Juli 1925 hat die Wartezeit für die Hinterbliebenenrenten in der Angestelltenversicherung vorübergehend verkürzt. Ist ein Antrag auf Hinterbliebenenrente nach dem 31. Dezember 1922 wegen Nichterfüllung der bisher längeren Wartezeit rechtskräftig abgewiesen worden, so ist auf Antrag von der Reichsversicherungsanstalt zu prüfen, ob, unter Berücksichtigung der verkürzten Wartezeit (60 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht), nunmehr Hinterbliebenenrente zu gewähren ist. Der Antrag auf Nachprüfung kann nur bis zum Schluß des Jahres 1926 gestellt werden. Die Reichsversicherungsanstalt hat, soweit sie die jeenerzeit abgelehnten Anträge ermitteln konnte, die hiernach Berechtigten durch besonderes Schreiben auf die Notwendigkeit hingewiesen, den neuen Antrag zu stellen. Da die Frist binnen kurzem abläuft, wird etwa noch vorhandenen Berechtigten empfohlen, unverzüglich den Antrag zu stellen.

6. Volkstümliches Konzert des Städtischen Orchesters. Das Städtische Orchester hat sich für das am 8. Dezember im Gewerkschaftshaus stattfindende Konzert in dem Galdirigenten Oskar Petras eine ganz besondere Kontrast gesichert. Der erste Teil der Vortragsfolge enthält einige Werke, deren Aufführung sehr zu begrüßen ist, wie z. B. die Ouvertüre zur Oper „Die Longobarden“ von Verdi. In den beiden letzten Teilen des Programms kommen nur Werke von J. Strauß und Petras zu Gehör.

Eigenartige Zustände scheinen in dem Buß- und Befeidungsgeschäft von Rosenkranz in der Sandstraße zu herrschen. Passanten hörten dort in den letzten Tagen nach Ladenschluß geradezu wilde Schimpfereien, mit denen der Herr Geschäftsinhaber seine Angestellten, natürlich nicht die Kunden, belegte. Was die Ursache dieser widerlichen Szenen war, ist uns natürlich unbekannt. Wir wissen aber, daß Herr Rosenkranz keinen organisierten Arbeitnehmer in seinem Betrieb duldet, und mit dem Personal, das ihm natürlich infolge der Arbeitslosigkeit trotzdem zur Verfügung steht, dementsprechend umspringt. Auf ein paar Schimpf- und Drohworte ist es dort nie angekommen. Vielleicht kommt dem eblen Hanseaten aber doch zum Bewußtsein, daß wir nicht mehr in der „guten alten Zeit“ leben, wenn ihm am Ende des Weihnachtsgeschäfts der Saldo seiner Kasse zeigt, daß die Mehrzahl der Lübecker Bevölkerung ihre Einkäufe in solchen Geschäften vornimmt, in denen die Angestellten als Menschen und nicht als Arbeitsvieh behandelt werden. Das ist ja der einzige Beweis, für den solche Herren Verständnis haben.

Stadttheater. Auf Grund des großen Erfolges von „Bolpone“ sieht sich die Intendanz veranlaßt, die Komödie auch für die Abonnenten in den Spielplan aufzunehmen und zwar kommt diese erstmalig Mittwoch, den 8. d. Wts., im Abonnement zur Darstellung. Diejenigen Abonnenten, die „Bolpone“ bereits im Kammerstübchen-Abonnement gehabt oder Karten zu den beiden stattgefundenen Aufführungen gekauft haben, haben das Recht zum unentgeltlichen Umtausch.

Truelsdorf. Nun ist auch in Truelsdorf eine Zweigstelle der Landeswanderbücherei eröffnet. Sie ist so zusammenge stellt, daß jedermann etwas für sich darin findet. Neben Unterhaltungsliteratur haben auch Bücher belehrenden Inhalts darin Aufnahme gefunden. Herr Lehrer Krellenber hat sich bereit erklärt, die Ausgabe der Bücher zu übernehmen. Sie findet jeden Mittwoch von 5 bis 7 Uhr abends im Schulhause statt. Es wäre zu wünschen, daß sich nun auch recht viele Bewohner der Schulgemeinde Truelsdorf diese lehrreichen Einrichtung zunutze machen.

Schwurgericht

1. Tag

Die zweite diesjährige Sitzung des Schwurgerichts, in der an vier Sitzungstagen fünf Strafsachen zur Aburteilung stehen, begann am Montag unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Demler, richterliche Beisitzer sind die Landgerichtsräte Babst und Skunau. Die Anklage vertrat am ersten Tage Staatsanwalt Weg.

Unter der Anklage der

Abtreibung

standen die Witwe Bl. aus Cutin und die Ehefrau Kr. aus Lübeck, die beschuldigt sind, in mehreren Fällen an Frauen und Mädchen aus Cutin gewerbsmäßig Eingriffe zur Abtreibung der Leibesfrucht vorgenommen zu haben. Beide Angeklagte sind mit Zuchthaus verurteilt (die Angeklagte Kr. wegen Abtreibung), die Angeklagte Bl. befindet sich zurzeit in Strafhaft wegen Verurteilung ihrer Tochter. In einer Verhandlung des Schwurgerichts Cutin sind vier der jetzt vernommenen Zeuginnen, an denen die

Eisenbahnunglück in Paris

Montag früh stieß auf dem Nordbahnhof ein Personenzug heftig auf den Endpfeiler...

Durch einen Bären getötet. Ein umherziehender Bärenführer produzierte sich in Stelow bei Kottbus auf der Straße...

Der Arbeitslosen Not. Am Ufer der Spree in Friedrichshagen bei Oranienburg fand man die vollständige Bekleidung für zwei Männer...

Typhus in Potsdam. In den letzten Tagen haben sich in Potsdam rund 20 Typhusfälle ereignet...

Selbstmord im Berliner Polizeipräsidium. Am Montag erhängte sich im Berliner Polizeipräsidium vor den Räumen des Erkennungsdienstes ein 45jähriger Kaufmann...

Claude Monet gestorben. Auf seinem Landgut in Giverny in der Normandie ist am Sonntag der berühmte französische Maler Claude Monet im Alter von 86 Jahren gestorben...

Wintersürme

In der adriatischen Küste sind während eines heftigen Gewittersturmes bei Ancona 40 Fischerboote untergegangen...

Die schweren Stürme, die in West-Ungarn und in der Slowakei wütheten und Ungarn vom Westen abschneiden...

Im Nordosten der Vereinigten Staaten sind starke Schneestürme aufgetreten. In New York liegt der Schnee etwa 15 Zentimeter hoch...

In der Nacht zum Sonntag hat ein schwerer Sturm die Küste von Dänemark heimgekehrt. Ein norwegischer Dampfer strandete...

Vom Eise eingeklopfene Schiffe

Im St. Marie Rippel, der den Oberen See mit dem Huron-See verbindet, sind über 100 Frachtdampfer mit ungefähr 1500 Mann an Bord von schweren Eisschollen eingeklopfen...

Sozialdem. Verein

Dienstag, den 7. Dezember, abds. 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus

Mitglieder-Versammlung

- Tagesordnung 1. Die neue Schule (Schulzeugnisse u. a. m.) Redner Genosse Zander 2. Silvesterfeier. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Kleine Geschichten Schlechte Zeiten für Königinnen

Die Königin Maria von Rumänien, die im vorigen Monat mit ihrem Gefolge durch die Vereinigten Staaten reiste, und zwar in einer filmstarmäßigen Aufmachung...

Als die Königin den Zug verlassen und das Auto bestiegen hatte, kam ihr ein ungeheurer Zug rumänischer und amerikanischer Arbeiter entgegen...

Als die Königin das Rathaus, wo sie übrigens auch nicht sonderlich zeremoniell empfangen worden war, verließ, und die Demonstranten abermals in Protestrufe ausbrachen...

Das Federpolster

In der für Weihnachten prächtig hergerichteten Auslage eines vornehmen Geschäftsladens im Zentrum der Stadt liegt, so schreibt die Wiener Arbeiter-Zeitung, ein Sopfopolster aus schwarzem Samt...

dem gehört zu werden, denn sie hat den wohlwollenden Herrn gar nicht bemerkt, der neben ihr steht und das Polster wohlgefällig betrachtet...

Theater und Musik

Kindervorstellung. — Petermens Mondfahrt. Märchenpiel von Gerd von Bassewitz. In einer Kindervorstellung müssen wohl die Kinder Richter sein...

Also für alle braven Kinder heißt diesmal zu Weihnachten die Parole: Auf nach dem Mond mit Peterchen und Anneliese...

Wetterbericht der Deutschen Gewarte

Der trübe Vorlauf des Jahres hat zur Ausbildung hohen Druckes über West- und Mitteldeutschland geführt. Im Laufe des Tages hat dieser hohe Druck noch Bestärkung erfahren...

Schwache umlaufende, später etwas auffrischende Winde, vorwiegend West, sonst wolkig bis heiter. Temperaturen nahe dem Gefrierpunkt, nachher leichter Frost, vorwiegend trocken.

Geschäftliches

Vollstetigkeit Rückat. Das neue Unternehmen, Geschäftsstelle Danwartstraße 51, will durch Verbreitung republikanischer Zeit- und Wochenblätter zur Vertiefung des republikanischen Gedankens beitragen...

Verurteilung vorgenommen wurde, verurteilt worden, sie wurden am Montag nicht verurteilt. Wegen der Straftat der Frau W. erklärte sich das Schöffengericht für unzuständig...

Die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Verhandlung endete mit der Zurückweisung der Angeklagten: Frau W. unter Einbeziehung einer kürzlich vom Amtsgericht Schwabau erkannten Zuchthausstrafe von 1 Jahr...

Der Staatsanwalt hatte gegen Frau W. eine Gesamt-Zuchthausstrafe von 2 1/2 Jahren, gegen Frau K. eine solche von 1 1/2 Jahren und gegen beide Stellung unter Polizeiaufsicht beantragt.

In der gleichfalls nichtöffentlichen Nachmittagsitzung am Montag wurde gegen die Gelegenheitsmusiker Haeseler und Galka wegen Meineides und Anstiftung verhandelt...

Der Angeklagte n. Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse. Dringender Verdacht bleibt bestehen, daß die Angeklagten sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht haben...

Das Gericht verurteilte nach kurzer Beratung den Angeklagten n. Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse. Dringender Verdacht bleibt bestehen...

Angrenzend Gebiete

Provinz Südbad

Bad Schwarzen. Stadtratsitzung. An Stelle des Rathsherrn Cittel, der auf seinen Wunsch aus dem Magistrat ausscheidet, wurde Kaufmann Hildebrandt gewählt...

Schwarzen-Mensfeld. Soz. Partei. Am Sonnabend, dem 11. Dezember, veranstaltete unsere Frauengruppe einen Unterhaltungsabend mit nachfolgendem Kränzchen...

P. Ahrensbl. Reichshanner. Am Sonnabend veranstaltete unsere Frauengruppe Schwarz-rot-Gold einen Vortragsabend. Studienrath Kloppecker erörterte und befaßte die Frage, ob eine Verständigung mit Frankreich möglich ist...

Schleswig-Holstein

Altona. Nord und Selbstmordversuch. In einem Hotel an der Schumacherstraße hat am Sonntag mittag der 21-jährige angehende Versicherungsagent und Domshauskellerer Erich B. die 17-jährige ledige Arbeiterin Ottilie K. durch mehrere Schüsse in Bauch und Rücken schwer verletzt...

Husum. Das Geburtshaus Theodor Storms beschädigt. Durch eine Gasexplosion wurde das Geburtshaus Theodor Storms in Husum sehr beschädigt. Es hatten sich in einem im unteren Stodwerk gelegenen Laden Gas angelammelt...

Oldenburg

Oldenburg. Laß nur die Leute lachen. Die folgende reizende Geschichte einer Heiratslustigen erzählt man im lächelnden Oldenburg: Ein verliebtes junges Mädchen kommt zum Gemeindevorsteher und erklärt: Ich bin fünfzehn Jahre alt...

600 Kilometer nach Streichhölzern!

Zur Zeit meiner ersten Reise auf dem „Madenzie“ verwalte Thomas Anderson diesen Geschäftsbezirk. Er war ein Mann als der alten Schule. Mit dem eigenen Geld ging er verschwendend um, wie ich als sein Gast zu Winnipeg und Edmonton erfahren habe. Aber hier im Norden betrachtete er alles als Eigentum der Gesellschaft und wurde sparsam, um nicht zu sagen geizig. Sein Hauptgesprächsstoff war die Ueberflüssigkeit von Dosenvorräten und Lederteilen; zu seiner Zeit hätte man ausschließlich von Fischen und Renntierfleisch gelebt. Heute hätte sich alles verändert. Der altmodische „Wrigley“ war durch den „Madenzie River“ ersetzt worden, und ein gewisser Brabant war an die Stelle des verstorbenen Anderson getreten. Ich erinnere mich noch, wie Anderson 1906 vor Nui kochte, weil er einen Reisenden der Hislop- und Nagle-Gesellschaft 100 Kilometer weit auf seinem Schiff befördern mußte. Er schimpfte auf die Schlappheit des Hauptkontors, das so etwas zuließ. Brabant dachte anders und freute sich, wenn möglichst viel Nebenbuhler kamen, immer vorausgesetzt, daß sie bezahlten und daß man ordentlich an ihnen verdienen konnte. Der freie Wettbewerb hatte über das alte Kleinrecht gesiegt.

Der Missionar zu Fort Macpherson, Herr Wittaker, wollte seinen Posten auch aufgeben, erfuhr aber, daß der Dampfer seine Wintervorräte nicht mitgebracht hatte. Sie waren aus Versehen irgendwo liegengeblieben. So mußte er denn zum Hauptfluß hinauffahren. Für mich bedeutete sein Unglück ein Glück, denn er vermietete mir ein gutes Walboot und verkaufte mir drei vorzügliche Hunde, die im Laufe der nächsten vier Jahre viel zu meinen Erfolgen beitrugen, denn drei tüchtige Hunde sind mehr wert als 20 Jochfüße.

Am 16. Juli brachen Anderson und ich in den zwei Walbooten zur Eismeerküste auf, die den Fluß entlang rund 300 Kilometer entfernt ist. Als Begleiter hatten wir zwei nur vorläufig angeworbene Eskimoburschen und außerdem den mir gut bekannten Klavirist samt seiner Frau, einer siebzehnjährigen Tochter und einem achtzehnjährigen Pflegesohn.

Gelegentlich fehlte uns die Segel, versuchten manchmal auch gegen ungünstigen Wind aufzukreuzen, was meist mißlang, weil der Strom auf blasende Wind einen heftigen Wellenschlag erzeugte, dem die schwer beladenen Walboote nicht gewachsen waren. In solchen Fällen treidelten wir mit Hunde- und Menschenkraft.

Am 23. Juli erklideten wir das offene Meer kamen wegen des Nordwindes aber nur langsam vorwärts, denn wie in allen Flußmündungen wies der Seewind eine gefährliche Brandung herein. Am 24. Juli landeten wir im Hafen hinter der Shingle-Point-Sandbank, kaum 100 Kilometer von der Herschelinsel. Hier lagen schon an die zwanzig Walboote, die es ebenso eilig hatten, wie wir, rechtzeitig nach der Herschelinsel zu kommen, weil die Walbootdampfer jeden Tag eintreffen konnten. Die Schiffe ankerten gewöhnlich einen Tag hinter der Herschelinsel, ehe sie zu den nordwestlichen Walbootgründen aufbrachen, von wo sie erst im

* Aus: S. Stefansson, „Das Geheimnis der Eskimos. 4 Jahre im nördlichen Kanada.“ Leipzig, Brockhaus, 1910, S. 16.

September zurückkehren. Die Eskimos hatten Geschäfte mit den Walgängern, und wir erwarteten Nachschube aus San Franzisko. Zugleich hofften wir auf Schiffsgelegenheit zum Kap Bathurst, wodurch wir den Weg zur Krönungsbucht abgekürzt hätten. Wir gedachten beim Kap Barry zu überwintern, und zwar etwa 150 Kilometer östlich der bekannten Eskimobebung. Von dort aus sollte im Frühjahr die Suche nach jenem Eskimos beginnen, die noch nicht mit Weizen in Berührung gekommen waren. Wenn es sie überhaupt gab, dann mußten wir sie ungefähr 300 Kilometer östlich vom Kap Barry finden.

Als wir die Herschelinsel erreicht hatten, landeten wir nicht beim Dorf, wo die Eskimos leben und wo die Polizeiwache ist. Das Dorf liegt bei der Sandbank, die den Hafen der Walgängern gegen den Eisdruck schützt, so daß man hier sehr gut überwintern kann. Wir lagerten bei Flanders-Point an der Südoefede, wo wir Fische für uns und die Hunde fangen und Vorräte anlegen konnten.

Im Jahre 1889 kam das erste Schiff nach der Herschelinsel. Der Walfang blühte empor und warf große Gewinne ab, so daß zeitweise vierzehn Schiffe im Eismeer überwinterten. Damit kam eine große Veränderung in die wirtschaftliche Lage der Eskimos, die bis dahin weite Landereien machen mußten, um Kleinigkeiten einzutauschen. Von den Schiffen erhielten sie alles sehr billig, oft umsonst und in großen Mengen. Sie lernten Bedürfnisse kennen, die nicht einmal der Lagerverwalter zu Fort Macpherson befriedigen konnte. Die Walfänger hatten auch gewaltige Mengen von Nahrungsmitteln an Bord. Von diesen wollten die Eskimos zunächst nicht wissen. Im Lauf der Jahre gewöhnten sie sich aber an Mehl, Zucker und Sirup, die ihnen schließlich unentbehrlich wurden. Die Walfänger legten großen Wert auf frisches Fleisch gegen Storbrot. Fast die ganze Eskimobevölkerung war damit beschäftigt, sie mit Renntieren, Fischen und Schneehühnern zu versorgen. Für frisches Fleisch konnten die Eskimos unbegrenzte Mengen von Mehl, Schiffsweiback, Dosenfleisch, Gemüse und Zucker haben. Da die Eskimos das Fleisch als Nahrungsmittel bevorzugten, befrachtete sie dieser Handel in der Werthschätzung des Fleisches, das nun außerordentlich teuer wurde. Während meines Aufenthaltes im Norden war ein Pfund Fleisch immer mehr wert als ein Pfund irgendeiner europäischen Geware, Tee ausgenommen.

Kein Wunder, daß die Lebensgewohnheiten der Eskimos sich in zehn Jahren schneller änderten als die der kanadischen Indianer in hundertjähriger Berührung mit der Hudsonbay-Gesellschaft. Nun ergab sich eine ernste Verwickelung, weil die Walfänger sich nicht mehr lohnte, allmählich abbröckelte und heute gänzlich zusammengebrochen ist. Im Winter 1907 bis 1908 überwinterte nur ein einziges Schiff der „Karlu“, unter Kapitän James Wing. Dieser besaß so wenig Landwaren, daß die Eskimos Mangel an Dingen litten, ohne die sie nicht mehr leben zu können glaubten. Inzwischen hat die Erfahrung gelehrt, daß die Eskimos am Madenziefluß recht gut von den Tieren des Landes leben können, aber im Sommer 1908 fühlten sie sich ebenso gekränkt wie der Reiche, der plötzlich das Brot der Armen essen muß. Die Polizeiwache war natürlich gleicher Meinung und sah dem Winter voller Sorge entgegen, weil kein Schiff sich blicken ließ. Am 15. August tauchte der „Karlu“ nach Beendigung

seiner Sommerfahrt auf. Ich besuchte den Kapitän an Bord und hörte, daß er sehr knapp daran sei, daß Karloffeln, Zucker und viele andere Sachen sogar gänzlich ausgegangen wären.

In bezug auf die Aussichten für den kommenden Winter war ich anderer Meinung als die Bewohner der Insel. Die Lage erschien mir durchaus nicht verzweifelt, weil ich als halber Eskimo den Fischreichtum der östlichen Nebenarme des Madenzie kannte und auch wußte, daß weiter östlich viele Kenntnisse anzutreffen waren. Aber weder Walfänger noch Polizisten kannten die Eskimos in ihrer natürlichen Umgebung und glaubten daher an eine bevorstehende Hungersnot. Ich dagegen hegte nicht die geringsten Befürchtungen. Nur eines war mir unangenehm: ich hatte keine Streichhölzer. Als es am 15. August zur Gewißheit wurde, daß keine Schiffe kommen würden, besuchte ich die Schutztruppe und erklärte, daß ich außer Zündhölzern alles Nötige für den Lebensunterhalt meiner Gesellschaft besähe. Man möchte mir doch Zündhölzer eintauschen oder verkaufen. Darauf wollte Feldwebel Fitzgerald sich aber nicht einlassen. Unter der Bedingung, daß ich meine bisher angeworbenen neun Eskimos entließ, wollte er Anderson und mir ein Häuschen für den Winter anweisen. Wir sollten dann nicht nur Streichhölzer haben, sondern auch alle Lebensmittel, deren wir bedurften. Vergeblich versuchte ich ihm klarzumachen, daß wir nicht gekommen seien, um einen Winter auf der Herschelinsel zu verbringen. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß wir mittellose Wanderleute seien, die er pflichtgemäß vor dem Hungertode bewahren müsse. Im übrigen ginge ihn der Zweck unserer Reise gar nichts an. Daß ein Weiser hier von der Naturhilfe leben kann, das wollte ich nicht in den Kopf. Ich sagte ihm, daß mir einzig und allein die Zündhölzer zur vollkommenen Sicherheit fehlten. Er meinte, daß ein Weiser unbedingt einen Jahresvorrat europäischer Nahrungsmittel haben müsse, wenn er es hier ein Jahr aushalten wollte. Für ihn gab es nur zwei Möglichkeiten, falls er uns mit Zündhölzern versorgte. Entweder erreichten wir die 600 Kilometer weiter östlich gelegenen Niederlassungen bei den Wallis-Inseln und fielen den dortigen Leuten zur Last, oder wir wagten uns ins unbewohnte Gebiet und kamen dann sicher um. Als Regierungsbeamter dürfe er keine der beiden Möglichkeiten begünstigen. Außerdem gäben ihm die im Außenbezirk geltenden Gesetze das Recht, Anderson und mich als mittellose Wanderer abzuliefern. Da er dasselbe Ziel indessen durch Verweigerung der Zündhölzer erreichen könne, bitte uns anheimzustellen, sie westwärts in Point Barrow zu suchen, wo sich ein Versorgungsamt mit großen Vorräten befände. Einmal dort, konnten wir nicht mehr verhungern.

Seider gingen auch Kapitän Wings Streichhölzer zur Reige. Allerdings bot er uns ein Päckchen mit tausend Stück an, aber Anderson und die Eskimos, die alle Raucher waren, hielten das für durchaus ungenügend. Reiner wagte an einen Winter zu denken, indem man sein Pfeifen nicht nach Belieben anzünden konnte. So blieb uns nichts anderes übrig als den langen Weg nach Point Barrow zu machen, ganze 600 Kilometer. Darüber würde der Sommer vergehen. Aber wir stellten unsern Plan schnell um und beschloßen, am Cokvillefluß zu überwintern, wo sich ein reiches Feld zu zoologischen und ethnologischen Forschungen bot.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke erlaube ich mir hiermit meine herzlichsten Danken herabzusetzen.
W. H. Scharrenberg
u. Frau Erste geb. Müller
Schlutum, 7. Dezbr. 1926.

Allen, die unsemern lieben Vater die letzte Ehre erwiesen, seinen Sorg reich mit Kranzen schmückten, besonders dem Fabrikarbeiterverband, der Belegschaft des Hofenwerks, Herrn Pastor Jürens für seine tröstlichen Worte, danken herzlichst
(5937)
Frau Boretz, geb. Bender
nebst Kindern

Einebezügliche 2-3-M. u. Lad. u. Stallg. u. Hofstern vor Nord. 3. verm. Eignet sich sehr für Holländerer.
Ang. u. H. 794 a. d. E. (5938)

Habe zu sof. ein leeres Zimmer zu verm. Ang. u. H. 791 an d. Exp. (5939)

Großes leeres Zim. u. Kochgel. zu verm. Ang. u. H. 795 an d. Exp. (5940)

Belge u. Lampen, u. getagt. Pappen u. angef. Hütten 91/93, l. r. (5941)

Käuflich dunkel Eide u. Siegelst. h. 3. verf. (5942)
Schlichting,
Westhofstraße 44.

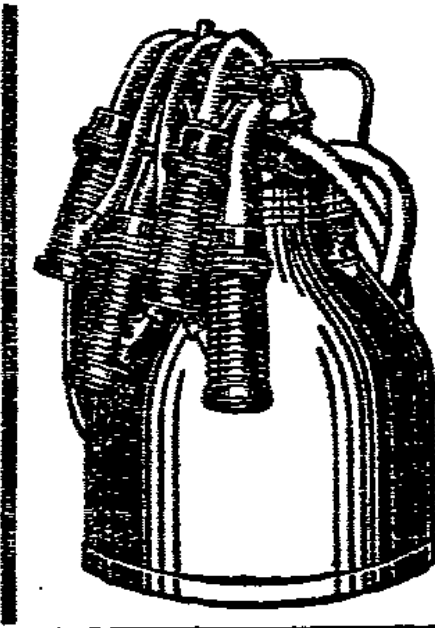
Staubbild-Masch. u. 165 Silber bill. zu verkauf. (5943) Eintriedstr. 29c.

Gradl. Sofa, Chaiselongue zu verkauf. (5944) Arminstraße 42b, 1

St. Rahag-Stuhl zu kaufen gesucht. (5945) Knöchel, Borbeckstraße 24a.

Kotes Anschlageluch Sonnab. -Thent. -Bort. l. Rang abh. gef. Kinder erf. Abzug Thent. Gard. ionf. Anzeig. (5946)

Volkstheater zu Lübeck
Dienstag, den 7. Dezbr. abends 8 Uhr
Marmorfaal
Rezitationsabend
W. H. Bescholt



Vertretungen gesucht!
Wir suchen für den Vertrieb unserer bewährten
60 000 mal verkauften
Original-Alfa-Laval-Melkmaschinen
Vertretungen
Die Verkaufsaussichten sind denkbar günstig,
da 12-monatliche Ratenzahlung gestattet ist.
Provisionsauszahlung sofort, Kapital nicht erforderlich.
Alfa-Laval-Separator
G. m. b. H.
Berlin N. 38. 40 (5964) Döberitzer Straße 2

Weihnachtsangebot in **Fahrrädern!**
Nur beste Fabrikate!
10% Rabatt
gewähre ich bis 31. Dez.
O. Störzner 54
Fahrradhandlung und Rep.-Werkstatt. (5965)

Für die richtige Wiedergabe **telephonisch**
übermittelter Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Fehlerhafte, auf diesem Wege bestellte Anzeigen gehen zu Lasten des Bestellers.
Die Geschäftsstelle des **Lübecker Volksboten**

Katzenfreunde
kaufen
Spielkarten
gut und billig
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Haarpflege des Herrn?

Ja, aber schnell muß es gehen!
In 5 Minuten wird Ihr Haar gründlich gereinigt und gleichzeitig locker und „leicht zu frisieren“ durch Schwarzkopfs bewährte Kamillen-Haarwäsche. Wöchentliche einmal. Die 2 Mk.-Flasche reicht mehrere Monate.

Schwarzkopf Kamillen Haarwäsche
reinigt durch Seife - kräftigt durch Kamille

sind die besten Geschenke

Buchhandlung Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46
Geschäftszeit 8-6 Uhr

Zigaretten Zigarren
C. Wirtsoff
Ed. Mühlstr. 18.

Heinz Eisgruber
Völkische und Deutschnationale Führer
100 Heldenbilder
Preis 80.4
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Die Jugendkraft

Jugendfreudig Volk, das einst den Kampf soll streiten,
Du, dessen Hand die Zukunft hält,
Du, Führer einst dem Volk aus Leidenszeiten,
Des Wille Freude und Gebeiß'n der Welt,
Der Väter Bürde sollst du packen,
Schwing dir die Last auf junge Naden,
Trag vorwärts sie ins frohe Morgenrot!

Die Väter, deren Kräfte sich verzehren,
Zu lang schon standen sie im Streit;
Zu lange irrten sie im Freudelesen,
Doch dir glüht auf der Tag in Herrlichkeit.
Nimm du die Waffe, die sie halten,
Brich du die letzten Fesseln,
Führ' du das Volk ins frohe Morgenrot!

Jugendfreudig Volk, halt frisch der Kräfte Schwingen
Und spare sie für Kampf und Wacht!
Wie oft hat todbeilommener Nächste Ringen
Nach deiner Hilfe unser Blut entfacht!
Nun gürtet mit dem Schwert die Lenken,
Umpanze dich: Nichts darf dich schänden!
Und führ' das Volk ins frohe Morgenrot!

Der Kampf ist schwer, doch schön das Sieggewinnen!
Steil ist der Pfad, doch schön das Ferneschaun!
Trint seinen Glanz, wenn auf den höchsten Zinnen
Des Turms du stehst, den deine Wünsche baun!
Sei Mann und Streiter, fühne Tat zu wagen,
An Willen fest, dem Volk die Bahn zu schlagen,
Begehn, wegein ins frohe Morgenrot!

(Nach dem Holländischen des Genossen J. Quebeek ins Deutsche übertragen von Franz Dieberich.)

Unsere Jugendbewegung

Von Bruno Koch.

Anlaß zu diesen Zeilen gibt mir der am letzten Sonnabend in Rüdich stattgefundene Werbe- und Elternabend der S. A. J.

Was verstehen wir unter Jugendbewegung schlechthin? Ist das Jugendbewegung, wenn Jungen und Mädchen mit Musik und Gesang in ihrer Freizeit in aller Frühe hinausziehen in die freie Natur, um sich draußen bei Spiel und Tanz auszutoben? Oder wenn sie in Jugendheimen diskutieren und Vorträge anhören, oder sich sonst fachlich, praktisch und theoretisch weiterzubilden?

Gewiß werden alle diejenigen, welche der Jugendbewegung fremd gegenüber stehen, mit ihrem Urteil leicht fertig sein, und sagen, daß es so ist. Und doch sind das alles nur äußere Kennzeichen dieser Bewegung. Der innere Kern jedoch ist das Suchen und Finden nach neuen Formen, nach neuer Gestaltung des Daseins. Diese Jugend, die darum ringt, dem Leben einen bestimmten Inhalt zu geben, zuerst persönlich, dann nach Erkennung der Notwendigkeit, mit Gleichgesinnten, gehört zur Jugendbewegung. Daß das nun nicht einheitlich geschieht, oder vielmehr nicht einheitlich sein kann, ergibt sich aus dem Ringen des einzelnen um Klarstellung der Lebensaufgabe. Jedem treten sie, früher oder später, in dieser oder jener Form entgegen. Bestimmt wird die Lösung aber, und das ist das Entscheidende in unserer Bewegung, durch die Verhältnisse, unter denen der Jugendliche aufgewachsen ist.

Hier spielt vor allen Dingen die Gesellschaftsform die Hauptrolle. Genau so, wie wir den Menschen haben wie er ist, und nicht wie er sein soll, gilt dieses auch von der Gesellschaftsform, in der wir leben. Die Umgestaltung in die sozialistische kann nicht von heute auf morgen erfolgen, aber sie zu erkämpfen, muß unser Ziel sein. Solange das nicht erreicht ist, solange wird es auch Klagen geben. Die Teilung der Menschheit in Besitzende und Besitzlose muß ja zu einer verheerenden Bewertung der Lebensaufgabe führen. So ist es auch kein Wunder, daß die Stellungnahme der Jugendlichen hierzu, und dies wiederum gerade in den Entwicklungsjahren, zu einer Verschiedenheit in der Ausdrucksform führen muß, in der wir nun die äußeren Kennzeichen der Jugendbewegung sehen.

Jede Jugendbewegung sucht nach irgendeiner Formung und Gestaltung ihres Lebens. Dieses Suchen der Jugend ist ein gesundes Zeichen. Das Gegenteil davon ist jene Jugend, die müde und stumpf dahingleibt, des Abends die Straßenecken bedauert, und so leider allzuleicht sich diesem oder jenem Laster ergibt. Und doch sind diese Menschen nicht schuld daran. Nicht ihre Schuld ist es, daß sie dahingleben ohne Freude, und verkommen müssen in Ghettoshöhlen, umgeben von Schmutz und Laster. Das ist Schuld der Gesellschaftsform in der wir leben wir gezwungen sind. Der Ruf: „Hinaus in die Natur, in Licht und Sonne!“ kommt oftmals schon zu spät, die Eindrücke in der Kindheit waren schon zu stark.

Die Gewerkschaften kämpfen um die wirtschaftliche Besserstellung der arbeitenden Jugend. Sie kämpfen um mehr Freizeit, um gesundheitlichen Schutz, und leisten so unserer Jugend in ihrer Entwicklung einen großen Dienst.

Die Zukunft aber, die wir erkämpfen müssen, in der es keine Klagen mehr gibt, in der auch unsere Jugend genug und viel Sonne hat, ist der Sozialismus.

Jugend und Beruf

In der Nummer 262 der Jugendstimme schrieb der Jugendfreund Bruno Koch über die seelische Not der einen Beruf erlernenden Jugend. Er schildert, wie durch die Spezialisierung, die Zerlegung des modernen Arbeitsganges in kleine Teilarbeiten, schon der Lehrling gezwungen ist, im Betrieb nur ein winziges Maschinenträdchen zu sein, bemerkt, daß dem Lernenden, da es ihm nicht vergönnt ist, irgend ein Werkstück aus dem Rohmaterial zu vollenden, zu erschaffen, die Freude an der Arbeit genommen ist.

Zur Abhilfe stellt der Schreiber des Artikels berechnete Forderungen. Die staatliche Lehrwerkstatt, in welcher die Jugend im sozialen Sinne, eben im Sinne der Allgemeinheit von verständnisvollen Jugendfreunden ausgebildet wird. Er fordert weiter daß die Profiktät in der Lehrlingsausbildung ausgeschaltet werden muß. Angemessene Arbeitszeit und endliche Gewährung von ausreichenden Ferien.

Mir scheint, als ob Bruno Koch nur die Absicht hegte, auf diese Fragen in großen Zügen hinzuweisen, als wollte er nur die, denen die Jugend anvertraut ist, mit der Nase darauf stoßen, daß der Lehrling nicht nur Arbeitskraft ist.

Die Berufsnot ist letzten Endes die Not der arbeitenden Jugend überhaupt. Die innere Leere und das Gefühl des Ueberflüssigseins im Staatsgetriebe. Ist doch in der Tat der Lernende

Empor

Weißt du, wie die Wolken kreisen über dem Stück Dunkelheit, in das wir eingegrüftet.

Weißt du, wie die Wolken, Kleiderzipfel der Zeit, die vorübergleiten, nach uns niederblickt.

Sag, siehst du nicht aus der stinkenden Fäulnis des Gesteins eine tragende Nische? Stemm deine Felsen hinein, ob es dich schmerzt!

Seh' dich empor und halte dich!

Mögen die Muskeln deines Rückens wimmern und einzeln betteln: laß los! Halte du aus!

Hinter dir harret schon ein Bruder, über deine Schultern hinweg — über deine Schultern! — den Rand zu packen und — deinem Ohr noch vernnehmbar! — Freiheit zu jauchzen in das Licht!

Hermann Claudius.

Wir entnehmen dieses Gedicht dem sechsten im Arbeiterjugend-Berlag, Berlin SW. 61, erschienenen Gedichtband: Hermann Claudius „Lieder der Arbeit“.

nicht mehr als nur eine billige Arbeitskraft. Er empfindet die Arbeit nur als ein notwendiges Uebel. Durch die Arbeitsmethode hat er das Interesse für das Gewerbe verloren. Andererseits kann sich unsere Jugend, deren Kindheitserinnerungen die Not und Entbehrungen der Kriegsjahre sind, eben weil sie nicht, selbständig denkt, nicht mehr für ein ruhig behäbiges Handwerkermeisterleben der Vorkriegszeit begeistern. Da ist nun durch diese Not die proletarische Jugendbewegung entstanden, die nach neuem Lebensinhalt sucht und strebt. Sie wies auf Spiel und Sport hin, schuf sich zum Teil eigene Literatur. Die Großstadtyugend machte sie wieder mit der Natur vertraut, gab ihr statt des Asphalt wieder Erde unter die Füße und lehrte sie die Freude vom Vergnügen unterscheiden.

Ich möchte all denen, welchen das Leben wertlos und nichtig erscheint, zurufen: Stellt euch in die Reihen der Ringenden, schließt euch der proletarischen Jugendbewegung an, sei's nun Partei-, Sport- oder Gewerkschaftsjugend. Alle wollen letzten Endes dasselbe: das Leben bejahen lernen. Den Eltern möchte ich sagen: Versucht die Jugend zu verstehen in ihren Nöten. Schaltet die Lehrlinge nicht gleich, wenn sie scheinbar interesselos ihre Arbeit verrichten, sondern halt ein paar Minuten für sie übrig, sie werden's euch später danken.

Karl Dahl.

Gewerkschaftsjugend und Jugendbewegung

Mit dieser Erwiderung kann u. E. die grundsätzliche Auseinandersetzung über die Aufgaben und die Existenzberechtigung der freigewerkschaftlichen Jugendgruppen als abgeschlossen gelten, da in diesen Punkten eine wesentliche Meinungsverschiedenheit ja nicht mehr besteht. Von Interesse wären dagegen praktische Vorschläge, wie durch Zusammenarbeit von A. J. und Gewerkschaftsjugend das gemeinsame Ziel mit geringeren Aufwand und größerem Erfolg erreicht werden kann. D. R.

Durch die weitere Stellungnahme des Gen. Inghen zum Thema „Gewerkschaftsjugend und Jugendbewegung“ sehe ich mich veranlaßt, nochmals meinen Standpunkt in dieser Frage klarzulegen. Es sei mir aber erlaubt, heute etwas eingehender die Dinge zu betrachten.

Die Grundgedanken meines damaligen Artikels waren: Gewerkschaftsjugendgruppen müssen bestehen. Die Gewerkschaftsjugend ist eine zweite Arbeiterjugend und es besteht eine Zerspaltung und Kräfteverschwendung. Daher ist eine Vereinheitlichung der Gesamtarbeit notwendig. In dem entscheidenden Punkt meiner Feststellung glaubt nun Gen. Inghen einen Widerspruch feststellen zu können. Wenn ich obenstehende Behauptung aufgestellt habe, so ist dieses geschehen nach wohlweislicher Ueberlegung und Erkenntnis der bestehenden Verhältnisse. Ich möchte nunmehr den Beweis führen, daß meine Feststellung durchaus zu recht besteht.

Nun zur Sache selbst. Aus welchem Grunde bin ich zur Behauptung der Notwendigkeit von Gewerkschaftsjugendgruppen gekommen? Es ist ein zwingendes Erfordernis, daß alle im Erwerbsleben stehenden jungen Arbeiter und Arbeiterinnen in der für sie in Frage kommenden Gewerkschaft organisiert werden. Darüber herrscht wohl Klarheit, daß diese Werbung am besten

und erfolgreichsten durchgeführt werden kann von Jugendgruppen der Gewerkschaften. Ein zweiter Grund: Es ist doch eine allgemein bekannte Tatsache, daß Lehrlinge über Rechts- und Arbeitsbedingungsfragen, über Entlohnungs- und Ferienfragen überhaupt keine oder nur sehr geringe Ahnung haben. Weiter möchte ich feststellen, daß die theoretischen Kenntnisse derjenigen, die einen Beruf erlernen, durchweg mangelhaft sind. Denn ein Meister hat, da sein Lehrling ja nur schaffen, arbeiten soll, für theoretische Ausbildung des Lehrlings meistens keine Zeit übrig. Die Hauptsache ist, daß die Arbeit verrichtet wird, über das, warum es gerade so gemacht werden muß, erhält er keine Belehrung. Hier ist es Aufgabe der Gewerkschaftsjugendgruppen einzutreten, um wenigstens einen Teil dieser Uebelstände zu beseitigen. Diese etwas ausführlicher gefasste Begründung hatte ich in meinem Artikel in den einen Satz zusammengefaßt, der besagt: „Aus Gründen besonderer beruflicher Bildungsbedürfnisse, besserer und lehrreicher Agitation sind Gewerkschaftsjugendgruppen nicht nur zweckmäßig, sondern notwendig.“

Hier ist also in großen Zügen das Aufgabengebiet der Gewerkschaftsjugendgruppen umrissen. Nun sehen wir aber, daß über dieses Gebiet hinaus die Jugendsektionen der Gewerkschaften sich noch ein anderes Arbeitsfeld für ihre Tätigkeit ausgesucht haben, und dieses fällt bis ins kleinste zusammen mit der praktischen Arbeit in der Arbeiterjugend. Allerdings konnte die Entwicklung auch keinen anderen Weg gehen. Denn da ein nur gewerkschaftliches Interesse nicht vorlag, mußte die Gewerkschaftsjugend sich voll und ganz das Arbeitsgebiet obgenannter Organisation zu eigen machen. Gen. Inghen schreibt: „Die Feststellung, nach der die Veranstaltungen der Gewerkschaftsjugend, abgesehen von geringen Abweichungen, dem Leben und Treiben der sozialistischen Arbeiterjugend völlig gleichen, ist richtig.“

Also in diesem Punkte stimme ich mit dem Gen. Inghen vollkommen überein. Aus der oben angeführten und auch vom Gen. Inghen zugegebenen Tatsache habe ich die Behauptung geschöpft: „Die Gewerkschaftsjugend ist eine zweite Arbeiterjugend.“

Und nun komme ich zur dritten von mir aufgestellten Behauptung. Es besteht eine Zerspaltung und Kräfteverschwendung. Meiner Ansicht nach ist diese letzte Behauptung schon gerechtfertigt durch die angeführte Bestätigung des Gen. Inghen. Denn wenn man sagt, sowohl in unserer Arbeit stimmen wir vollkommen überein, so muß man bei folgerichtiger Ueberlegung zu dem Schluß kommen: Es besteht tatsächlich eine Zerspaltung in bestimmten Aufgaben- und Arbeitsgebieten; wir haben unsere Arbeit zu vereinheitlichen.

Merkwürdigerweise kommt aber Gen. Inghen, trotz anfänglichen richtigen Gedankenganges, zu einem ganz anderen Resultat. Er sagt nämlich: „Aber trotz dieser scheinbaren Gegenwärtigkeit bestreite ich, daß eine Zerspaltung durch das Bestehen gewerkschaftlicher Jugendgruppen herbeigeführt wird.“ Ich sage: Es steht unumwunden fest, daß eine Zerspaltung und Kräfteverschwendung hervorgerufen ist durch Uebernahme von Arbeitsgebieten durch Gewerkschaftsjugendgruppen, die bislang der Arbeiterjugend oblagen.

In der Jugendbewegung mangelt es immer an genügend Mitarbeitern und Helfern. Die zu leistende Arbeit wird in der Hauptsache von einigen immer arbeitenden, treuen Funktionären geleistet. Es gibt, das wird auch der Gen. Inghen zugeben müssen, die in beiden Jugendgruppen arbeiten und eigentlich doch wohl für ein und dieselbe Sache. Daß gerade dieser Zustand von großem Schaden ist für die gesamte Jugendbewegung, sollte eigentlich jeder, der nur ein wenig Ahnung von der Arbeit in der Jugendbewegung hat, ohne weiteres ermessen können. Diese Kräfte zusammengefaßt und auf wichtige Arbeitsgebiete konzentriert, würden bestimmt einen großen Erfolg zu zeitigen haben.

Einen guten Trost gibt uns nun allerdings Gen. Inghen mit auf den Weg. Er sagt: „Ueberlassen wir jeder Jugendgruppe ihren Teil Werbearbeit unter den Jugendlichen, die ihrer physischen, körperlichen und geistigen Eigenart entspricht, so wird für jede noch genügend Ellenbogenfreiheit vorhanden sein, zur Fortentwicklung in organisatorischer und ideeller Beziehung. Es ist mir nicht möglich, mich mit diesem Trost zufriedenzustellen. Gewiß, das Heer der jugendlichen Arbeiter ist riesengroß. Aber gerade weil wir noch in so unendlich weite Kreise zu dringen haben, ist eine planmäßige und einheitliche Arbeit dringend erforderlich. Nicht ein Duzend Spalterorganisationen werden diese ungeheuren Aufgaben bewältigen können. Nur eine große, in sich gefestigte Jugendorganisation wird einmal die großen Kulturprobleme lösen können. Je größer die Organisation, desto mehr Leben und Kraft. In der Einheit liegt unsere Macht!“

Am Schluß meines vorigen Artikels habe ich die Frage aufgeworfen, wie kommen wir zu einer Einheit in unserer Arbeit? Gen. Inghen ist der Meinung, daß das Zusammenarbeiten gerade in Lübeck gut ist. Das habe auch ich noch nie bestritten. Aber niemals kann ein freies Jugendpartei oder gar der freigewerkschaftliche Jugendausschuß diese Frage lösen. Ueberhaupt ist für diese brennende Frage keine örtliche Lösung möglich, denn die Zerspaltung erstreckt sich auf die gesamte proletarische Jugendbewegung Deutschlands. Und es ist Aufgabe der Verbandsleitungen für die Regelung dieser Frage die nötigen Schritte einzuleiten.

Konrad Scharp.

Der Arbeitsplan der Sozialistischen Arbeiterjugend

Auf der kürzlich im Friedrich-Ebert-Heim auf Länning veranstalteten Reichsausschußung des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend wurde der Arbeitsplan für das Jahr 1927 beschlossen. Es sind folgende größere Veranstaltungen in Aussicht genommen:

Die Werbewoche des Verbandes findet in der letzten Märzwoche 1927 statt. Am 30. April veranstaltet die Jugend nach Möglichkeit Fackelzüge zur Einleitung der Maifeier. Die Partei soll aufgefordert werden, im Rahmen ihrer Rahmenveranstaltungen eine besondere Feier für die aus der Jugendorganisation in die Partei übertretenden Jugendgenossen zu arrangieren. Im Laufe des Sommers veranstaltet die Bezirke Ferienreisen, während der Haupturlaub zwei oder drei U.S. Landstreifen durchführt. Der erste Sonntag im September wird als allgemeiner Spiel- und Sportsonntag des Verbandes festgesetzt.

Zur Zeitschriftenfrage unterbreitete der Hauptvorstand den Vorschlag, die „Arbeiter-Jugend“ ab 1. Januar 1927 in größerem Format, auf besserem Papier gedruckt, reich illustriert, mit 24 Seiten Umfang, herauszugeben. Um den erwähnten Aufgaben, die der Bewegung durch die Erhöhung der Altersgrenze erwachsen, gerecht zu werden, wird der Zeitung ein besonderer Bildungsteil beigegeben. Die Vorschläge des Hauptvorstandes wurden angenommen. Da der Genosse Korn zum Zeitpunkt dieser Neugestaltung zurücktritt, wurde der Hauptvorstand mit der Neubestellung beauftragt.

